

KARSTEN GRABOW | TORSTEN OPPELLAND

**„ICH WILL DIE
EU ZERSTÖREN“**

EU-GEGNER IM 8. EUROPÄISCHEN PARLAMENT

EINE JAHRESBILANZ

Mitarbeit:

Thomas Hoyer | Gregor Merten

Adrian Röhrig | Benjamin Thuma

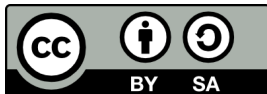
Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID: 53323-1505-1025



Urheber: Karsten Grabow | Torsten Oppeland
Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2015



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von
„Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen
Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE
(abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>).

© 2015, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfoto: © EU Exposed. Motiv bearbeitet (KAS).
Quelle: <https://www.flickr.com/photos/115739738@N08/>
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Satz: workstation, Niederkassel.
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.
ISBN 978-3-95721-120-0

INHALT

5	VORWORT	
9	ZUSAMMENFASSUNG	
13	1. EINLEITUNG	
19	2. EU-GEGNER, EU-KRITIKER, LINKE UND RECHTE POPULISTEN? BEGRIFFSBESTIMMUNGEN	
23	3. PROGRAMMATISCHE SCHWERPUNKTE DER EU-GEGNER UND -KRITIKER	
27	4. EU-GEGNER IM EUROPAPARLAMENT	
	4.1 Das Europaparlament im politischen System der EU ...	27
	4.2 Parlamentarische Aktivitäten der EU-Gegner und -kritiker	31
	4.2.1 Aktivitäten im Plenum	31
	4.2.2 Inhalte der Parlamentstätigkeiten	38
	4.2.3 Aktivitäten in den Ausschüssen.....	46
	4.2.4 Abstimmungsverhalten.....	49
	4.2.4.1 EU-Gegner als Nein-Sager?	50
	4.2.4.2 Übereinstimmungen im Abstimmungs- verhalten von EU-Gegnern	57
65	5. DIE EU IN GEFAHR? EIN JAHR VERSCHÄRFTE EU-GEGNERSCHAFT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT	
70	QUELLEN	
76	DIE AUTOREN	
76	ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG	

VORWORT

Im Vorfeld der Europawahlen 2014 prognostizierte die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Aufstieg der EU-Gegner (Grabow und Hartleb 2013). Etliche der ursprünglich überwiegend fremden-, islam- oder einwanderungskritisch eingestellten Protestparteien hatten sich über die letzten 10 bis 15 Jahre die Europäische Union als zweites Feindbild aufgebaut und mit zunehmendem Erfolg daran gearbeitet, die EU zu verunglimpfen. Zu dieser Gegnerschaft von rechts kam zunehmend auch eine vehemente Kritik an Politik der Union und ihren Entscheidungsverfahren von links. In beiden Fällen ist sie von der seit 2009 viele Politikbereiche überschattenden Staatsschuldenkrise der südlichen Mitgliedsländer und allen Euro-Rettungsversuchen der wirtschaftlich besser dastehenden Länder drastisch verstärkt worden. Während die einen um ihren Wohlstand bangten und Horrorszenarien an die Wand malten („Genug gezahlt!“, „Die EU verschlingt unser Geld!“, „Asyltourismus“), sahen die anderen in den Bemühungen um die Stabilisierung der Gemeinschaftswährung ein Diktat der globalen Finanzmärkte zu Lasten der „kleinen Leute“. Die EU, ihre Institutionen, Entscheidungsverfahren und zentrale Entscheidungen selbst wurden dadurch immer mehr in die Zange genommen bzw. für die überwiegend populistische Propaganda der EU-Gegner und -kritiker ausgeschlachtet.

Wie wir heute wissen, wurden die Prognosen von der Wirklichkeit noch überholt. Noch nie saßen im Europäischen Parlament so viele EU-Gegner wie gegenwärtig. Die Frage ist, welche Konsequenzen daraus entstehen. Was machen die Europagegner im EP? Bringen sie es zum Erliegen oder nutzen sie ihre stärkere Präsenz in Brüssel und Straßburg, einen Austritt ihres Landes aus der EU zu forcieren oder gar die Auflösung der EU voranzutreiben, wie es einer der Europawahlsieger, der Vorsitzende der United Kingdom Independence Party, Nigel Farage, im Lichte seines Wahl-

erfolgs angekündigt hat? Gehen linke und rechte EU-Gegner gleichermaßen aggressiv gegen die EU oder einzelne Organe vor oder gibt es zwischen den Lagern Unterschiede in quantitativer und qualitativer Hinsicht? Gibt es vielleicht sogar „Querfronten“ zwischen links und rechts, d.h. gemeinsame Projekte, die gegenseitig unterstützt werden, nur weil sie gegen die EU oder einzelne Institutionen oder Entscheidungen von gesamteuropäischer Bedeutung sind? Ist die EU durch die Stärkung ihrer Gegner gar in Gefahr?

Diese und weitere Fragen stehen im Mittelpunkt dieser Studie, die die Aktivitäten der Europegegner und -kritiker im ersten Jahr seit Zusammentreten des 8. Europäischen Parlaments untersucht. Sie wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit Wissenschaftlern der Friedrich-Schiller-Universität Jena erstellt und basiert neben der Auswertung öffentlich zugänglicher Quellen auf einer Reihe von Experteninterviews, die das Forscherteam im Februar 2015 im Europäischen Parlament führte. Für ihre Bereitschaft, diese Studie zu unterstützen, möchte ich den Interviewteilnehmerinnen und -teilnehmern im Namen der Konrad-Adenauer-Stiftung nochmals ganz ausdrücklich danken. Ohne ihre Mitwirkung wäre die vorliegende Studie in dieser Form nicht zustande gekommen. Mein Dank gilt auch den Autoren für ihre Initiative und die Gründlichkeit ihrer qualitativ und quantitativ sehr umfänglichen Analysen. Da diese Studie die Arbeit des aktuellen Europäischen Parlaments untersucht, gleicht sie zum Teil einer „Operation am offenen Herzen“. Das birgt das eine oder andere methodische Problem, über das man aber hinwegsehen kann, da die Aktualität der Studie und ihre Relevanz schwerer wiegen. Mir ist keine andere Untersuchung bekannt, die derart zeitnah und eben nicht retrospektiv die Arbeit des Europäischen Parlaments begleitet.

Drei der zentralen Befunde der Studie möchte ich an dieser Stelle bereits herausgreifen. (1) Die politischen Ränder des neuen Europaparlaments sind stärker geworden, aber die EU-Gegner sind unabhängig von ihrem Mandatszuwachs von eigenen Mehrheiten noch weit entfernt. Sie können weder die Entscheidungsfindung im Europäischen Parlament dauerhaft blockieren noch dessen Entscheidungsfähigkeit schädigen. Weder linke noch rechte EU-Gegner oder -kritiker haben sich in einer gegen die EU gerichtete Fraktion zusammengeschlossen. Selbst die sich ideologisch nahe stehenden Parteien gehen im EP zum Teil disparat vor. (2) Die beiden größten EU-feindlichen Parteien, der Front National und die United

Kingdom Independence Party, sind zwar im Wahlkampf aggressiv gegen die EU in Stellung gegangen, aber im Parlament sind sie eher passiv oder destruktiv (UKIP) oder bearbeiten nicht ihre programmatischen Schwerpunkte (FN). Zwei Parteien mit der zumindest härtesten Anti-EU-Rhetorik, die PVV und die FPÖ, sind zu klein und als Fraktionslose zu marginalisiert, um dem EP oder gar der EU wirklich zu schaden. (3) Noch verfügt das EP über sichere pro-europäische Mehrheiten und bewährte Verfahren, sich durch die gestiegene Zahl seiner Gegner nicht aus dem Tritt bringen zu lassen.

Der Ton im Parlament ist zweifellos rauer geworden. Eine akute Gefahr für das durch den Lissabon-Vertrag aufgewertete Europäische Parlament besteht derzeit aber ebenso wenig wie für die EU insgesamt. Das heißt nicht, dass sich die pro-europäischen Kräfte beruhigt zurücklehnen dürfen. Ihr aktives Eintreten für den voranschreitenden europäischen Integrationsprozess, ihr Einsatz für die Lösung konkreter Probleme und ihr Engagement im EP und außerhalb bleiben wichtig, um einem weiteren Wachstum der EU-Gegner entgegenzuwirken.

Nico Lange

*Stellvertretender Hauptabteilungsleiter Politik und Beratung
Leiter Team Innenpolitik*

ZUSAMMENFASSUNG

- Die Zahl EU-gegnerischer und -kritischer Abgeordneter ist im 8. Europaparlament gegenüber dem 7. gestiegen. Die politischen Ränder des EP sind gestärkt worden.
- Die Arbeit im Parlament ist komplizierter geworden, die Mehrheitsfindung im Einzelfall schwieriger. Aber noch steht eine Mehrheit aus EU-freundlichen Parteien. Weder das EP noch die EU sind durch die Stärkung ihrer Gegner akut gefährdet.
- Die EU-Gegner und -kritiker verbindet eine gemeinsame Abneigung gegen die EU, gegen die Reichweite ihrer Regierungszuständigkeiten, an der Art und Weise der Entscheidungsfindung und an bestimmten Entscheidungen, aber die Motive der EU-Gegnerschaft sind ebenso vielfältig wie die angestrebten Ziele. Wir unterscheiden linke, technokratische und rechte EU-Kritiker bzw. -Gegner, wobei wir letztere nochmals in populistische und rechtsextreme EU-Gegner einteilen.
- Die linken EU-kritiker beklagen das „Brüsseler Spardiktat“ und angeblich einseitige Belastungen bei den Bemühungen zur Eindämmung der Staatsschuldenkrise. Sie fordern die sofortige Beendigung der Haushaltsdisziplin, Schuldenschnitte für die am höchsten verschuldeten Länder in der EU, zumindest aber die Vergemeinschaftung der Staatsschulden über Eurobonds und höhere Steuern für Wohlhabende.
- Für die rechten EU-Gegner ist die Europäische Union in erster Linie ein unzulässiger Eingriff in nationale Selbstbestimmung. Sie wollen die Union entweder ganz oder in Teilen auflösen oder fordern den Austritt ihres Landes aus der EU oder zumindest aus dem Euro. Sie befürchten

Wohlstandsverluste durch europaweit einheitliche Regelungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik und kritisieren die derzeitige Praxis der Einwanderungs- und Asylpolitik sowie die Kosten der EU-Institutionen selbst.

- Linke EU-Gegner sind grundsätzlich aktiver als rechte. Während sich rechte EU-Gegner der Arbeit im EP häufig verweigern und Symbolpolitik im Plenum des Parlaments betreiben, wollen linke EU-Kritiker ein „anderes“ Europa.
- Auch bei den rechten EU-Gegnern gibt es Unterschiede in Quantität und Qualität der Parlamentsarbeit. Die Abgeordneten der rechts-extremen Parteien sind sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen überdurchschnittlich oft anwesend. Im Plenum melden sie sich auch zu Schwerpunkten ihrer jeweiligen Programme zu Wort. Dennoch beschränken sie sich dort überwiegend auf Scheinaktivitäten. In den Ausschüssen sind sie passiv und als fraktionslose Abgeordnete weitgehend marginalisiert.
- Am wenigsten aktiv und geschlossen treten die Rechtspopulisten auf. UKIP, der Front National, die PVV und die FPÖ gehen im Plenum gegen die EU vor, beteiligen sich aber weit unter Durchschnitt an der Ausschussarbeit des EP. In der konkreten Parlamentsarbeit legen sie auch am wenigsten Wert auf die Umsetzung ihrer eigenen Programmatik. Das legt den Schluss nahe, dass sie sich mehr auf nationale als auf europäische Politik konzentrieren. Sie instrumentalisieren Europawahlen und ihre Mandate im Europäischen Parlament, um Druck auf ihre Regierungen zu Hause auszuüben oder für ihre nationalen Ambitionen.
- Mit der AfD ist eine Partei in das Europaparlament eingezogen, deren Abgeordnete zwar nicht in allen Belangen überdurchschnittlich aktiv sind, die aber eng an ihrem Wahlprogramm, d.h. der Abschaffung des Euro, arbeiten. Ihre aktivste Abgeordnete, Beatrix von Storch, bearbeitet allerdings ein Thema besonders, das nicht zum programmatischen Schwerpunkt ihrer Partei zählte.
- Die AfD zeigt für einen EU-Gegner eine auffallend hohe Zustimmungsrate zu Letztentscheidungen des EP. Sie ist also keineswegs ein EU-Verweigerer, wie z.B. die UKIP. In wichtigen europapolitischen Fragen widersprechen sich die Abgeordneten der AfD jedoch. Somit widerspie-

geln ihre MdEP auch den diffusen Zustand der Partei in Deutschland. Ihr Abgeordneter Hans-Olaf Henkel hat Ende April seinen Posten im Bundesvorstand mit dem Verweis auf eine Unterwanderung der AfD durch „Rechtsideologen“ niedergelegt. Diese Bezeichnung verdient die AfD im EP nicht, aber der im Parlament aktive Parteivorsitzende Bernd Lucke scheint nur noch wenig Kontrolle über seine Partei zu haben.

- Noch kommt in zentralen Fragen eine Mehrheit pro-europäischer Parteien im EP zustande. Im Einzelfall gestaltet sich die Mehrheitsbildung aber schon schwieriger, weil die pro-europäischen Parteien Sitze verloren haben. Je nach Inhalt der zur Abstimmung stehenden Vorlagen müssen sich die pro-europäischen Parteien Mehrheiten für ihre Initiativen auch in anderen Fraktionen suchen.
- Die größte Bedrohung für das Europäische Parlament und die EU geht nicht von den EU-Gegnern im EP aus, sondern von der Wirkung, die sie zu Hause entfalten. Die EU-Gegner werden weiter darauf drängen, dass ihre Regierungen im Europäischen Rat nationale Interessen über europäische Regelungen stellen. Die pro-europäische Konsensfindung wird damit erschwert. Eine populistische Re-Nationalisierung in Europa ist möglich.

1. EINLEITUNG

„Ich will die EU zerstören“¹. Mit diesen kraftstrotzenden Worten umriss die Vorsitzende des Front National, Marine Le Pen, ihr Programm, nachdem ihre Partei nach den Europawahlen vom Mai 2014 als stärkste politische Kraft Frankreichs mit 23 Abgeordneten ins Europäische Parlament eingezogen ist. Für den FN, wie für einige andere EU-gegnerische Parteien war die Europawahl ein regelrechter Triumph. Die United Kingdom Independence Party zog an den Tories und Labour vorbei und wurde mit knapp 27% und 24 Sitzen stärkste Partei Großbritanniens. Die Dänische Volkspartei erreichte mit ebenfalls knapp 27% den ersten Platz und entsandte vier der 13 dänischen Europaabgeordneten nach Straßburg und Brüssel. Die FPÖ steigerte sich auf knapp 20% und landete auf dem dritten Platz im eigenen Land, ebenso wie die (Wahren) Finnen (12,9%; 2 Sitze) und die niederländische Freiheitspartei von Geert Wilders (13,4%; 4 Sitze)².

Die Alternative für Deutschland, über deren Ein- oder Zuordnung in gängige Typologien noch weitgehend Uneinigkeit herrscht, forderte in ihrem Europawahlprogramm den „Ausstieg aus dem Einheitseuro“ bzw. die „Auflösung des Euro-Währungsgebietes“ und griff damit tragende Säulen der EU frontal an. Sie skandalisierte dabei zudem, ähnlich wie UKIP oder die niederländische PVV, die EU („Bürokratiemonster stoppen“, „Unglaubliche Fakten über die EU“)³ und versuchte, mit einwanderungsfeindlichen Aussagen Ressentiments bei empfänglichen Wählern zu mobilisieren. Damit

erreichte die Partei bei ihrer ersten Europawahlteilnahme 7,1% der abgegebenen Stimmen und ist nun mit sieben Abgeordneten im EP vertreten.

Tabelle 1 Wahlergebnisse, Mandate und politische Grundausrichtung EU-feindlicher und -kritischer Parteien*

Land	Partei	Wahl- ergebnis 2014 (in %)	Sitze im 8. EP	Δ 2009 (in %)	Politische Grundausrichtung	Fraktion im EP
AT	FPÖ	19,7	4	+7	EU-feindlich, rechts- und nationalpopulistisch („Österreich zuerst“)	ohne
BE	VB	4,3	1	-5,5	nationalistisch, EU-feindlich, rechtspopulistisch	ohne
DK	DF	26,6	4	+11,8	Rechtspopulistisch	EKR
D	AFD	7,1	7	+7,1	Euro-feindlich	EKR
	NPD	1,0	1	+1,0	rechtsextrem, „völkisch-national“, russlandfreundlich	ohne
F	FN	24,9	23	+18,6	grundsätzlich EU-feindlich, rechts- und nationalpopulistisch, russlandfreundlich	ohne
GR	Syriza	26,6	6	-+21,9	linkspopulistisch, EU-kritisch;	GUE/NGL
	Ch.A.**	9,4	3	/***	rechtsextrem;	ohne
	ANEL	3,46	1	/***	rechtspopulistisch, antisemitisch, EU-feindlich	EKR
ITA	M5S	21,2	17	+21,2	linkspopulistisch, EU-gegnerisch;	EFDD
	Lega Nord	6,1	5	-4,1	regionalistisch, rechtspopulistisch;	ohne
	L'Altra Europa-CT	4	3	+4	wie Syriza (der volle Parteiname lautet: L'Altra Europa-Con Tsipras)	GUE/NGL
LIT	TT	14,2	2	+2	nationalpopulistisch, EU-skeptisch	EFDD
NL	PVV	13,3	4	-3,7	Grundsätzlich EU-feindlich, islamfeindlich	ohne
PL	KNP	7,2	4	+7,2	EU-feindlich, nationalpopulistisch	3 ohne 1 EFDD
SPA	Podemos	8	5	+8	linkspopulistisch, EU-gegnerisch, anti-Korruptions-, anti-Establishmentpartei	GUE/NGL
SWE	SD	9,7	2	+6,4	rechtspopulistisch, EU-gegnerisch	EFDD

Land	Partei	Wahl- ergebnis 2014 (in %)	Sitze im 8. EP	Δ 2009 (in %)	Politische Grundausrichtung	Fraktion im EP
UK	UKIP	26,8	24	+ 10,7	grundsätzlich EU-feindlich, rechtspopulistisch	EFDD
UNG	Jobbik	14,7	3	+/-0	rechtsextrem, antisemitisch	ohne

* Die Tabelle zeigt eine Auswahl EU-feindlicher und -kritischer Parteien. Die kursiv gesetzten haben wir in dieser Studie näher untersucht.

** Ch.A.: Goldene Morgenröte.

*** Beide Parteien liefen 2009 noch unter allen „Anderen“, die zusammen auf knapp 5% kamen und in den Wahlstatistiken des Europäischen Parlaments nicht weiter aufgeführt werden.

Spektakulär waren auch die Zugewinne der linken EU-Kritiker. Das griechische Linksbündnis Syriza nahm das Ergebnis der späteren nationalen Wahl schon vorweg und wurde im Mai 2014 mit 26,6% bzw. 6 Mandaten im Europäischen Parlament stärkste politische Kraft Griechenlands. Die spanische Bewegung Podemos erreichte aus dem Stand knapp 8% der Stimmen und 5 Mandate, während die ebenfalls noch junge 5-Sterne-Bewegung bei ihrer ersten Europawahlteilnahme auf gut 21% und 17 Mandate kam und damit zur zweitstärksten politischen Kraft in Italien aufstieg.

Auch rechtsextreme Parteien, von ihrer ideologischen Grundausrichtung seit jeher nationalistisch und daher strikt gegen die EU orientiert (s. Taggart und Szczerbiak 2008, Hartleb 2012), schnitten bei den Europawahlen recht erfolgreich ab. Während die Jobbik-Partei mit 14,7% der abgegebenen Stimmen ihre Stellung als drittstärkste Partei Ungarns festigte und auf drei Europaparlamentssitze kam, steigerte sich die rechtsextreme Goldene Morgenröte auf 9,4% und erzielte drei Mandate. Die NPD, die 2009 nicht an den Europawahlen teilgenommen hatte, zog 2014 mit einem Abgeordneten ins Europaparlament ein, profitierte dabei allerdings von der Aufhebung aller Sperrklauseln im Anschluss an ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts (siehe dazu Grabow 2015).

Insgesamt sind die politischen Ränder des neuen Europäischen Parlaments gestärkt worden (vgl. Tabelle 1). Je nach Zählweise⁴ sitzen im neugewählten Europäischen Parlament zwischen 120 und 170 Abgeordnete EU-skeptischer oder offen EU-feindlicher Parteien (Niedermayer 2014a: 361-363). Führende Europapolitiker, wie der ehemalige EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso oder der frühere EU-Parla-

mentspräsident Hans-Gert Pöttering, zeigten sich am Wahlabend „besorgt“ (Merkur 2014, Dom Radio 2014). Aber was tun die EU-Gegner tatsächlich? Wie intensiv arbeiten sie ihre jeweilige Agenda ab? Machen sie unabhängig von ihrer programmatischen Vielfalt gemeinsame Sache, weil und wenn es „gegen die EU“ geht? Wird die Mehrheitsfindung im Parlament erschwert, weil die Zahl seiner Gegner größer geworden ist? Was bedeutet der Zuwachs der EU-Gegner für die Arbeit des Parlaments? Wird es in seinen Funktionen gestört? Ist gar die EU im Ganzen in Gefahr? Ist das Europäische Parlament überhaupt der richtige Ort, die Union zu schwächen oder gar in ihren Grundfesten zu erschüttern? Oder war sie möglicherweise gar nicht gemeint, ging es den EU-Gegnern viel mehr um die Wirkung und den Machtzuwachs im eigenen Lande?

Diesen Fragen gehen wir in dieser Studie nach und ziehen dabei, ein Jahr nach der letzten Europawahl, eine erste Bilanz der Tätigkeit EU-gegnerischer und -kritischer Abgeordneter. Für die Analyse haben wir online-Veröffentlichungen des Europäischen Parlaments zu den Aktivitäten seiner Mitglieder sowie das Online-Portal VoteWatch (www.votewatch.eu) verwendet. Weitere Informationen erbrachten elf leitfadengestützte Interviews mit Mitgliedern des Europaparlaments zu den Aktivitäten der EU-Skeptiker und -Gegner in den jeweiligen Ausschüssen, die wir zwischen dem 23. und 26. Februar 2015 in Brüssel geführt haben. Den Untersuchungszeitraum selbst bildet die Zeitspanne von der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Parlaments am 1. Juli 2014 bis zur letzten Sitzungswoche im März 2015.

Bevor wir uns den Leitfragen der Studie zuwenden, gilt es jedoch zunächst, die Parteien inhaltlich und ideologisch einzuordnen. Sie eint zwar zumindest ein Unbehagen an der EU, an der Reichweite ihrer Regelzuständigkeiten, an der Art und Weise der Entscheidungsfindung und an bestimmten Entscheidungen. Darüber hinaus gibt es allerdings teilweise erhebliche Unterschiede zwischen den hier näher untersuchten Parteien und ihren Abgeordneten.

- 1| *Marine Le Pen im Spiegel-Interview (Der Spiegel 2014: 82).*
- 2| *Alle Wahlergebnisse nach EP (2014).*
- 3| *Die AfD wehrt sich seit ihrer Gründung gegen den Vorwurf, „rechtspopulistisch“ zu sein und inszeniert sich gern als „Opfer“ von Medienkampagnen oder des Populismusvorwurfs durch die „Altparteien“. Ihr Europawahlkampf zeigte jedoch auffällige Parallelen in Inhalt und Stil zu jenen Parteien, die mittlerweile unstrittig als rechtspopulistisch gelten, z.B. die PVV oder auch die FPÖ. Sie alle spielen mit Ressentiments gegenüber Einwanderern, sind im Tonfall alarmistisch und skandalisierend („Hätten Sie gedacht? Unglaubliche Fakten über die EU“, vgl. UKIPs: „Did you know?-Kampagnen“) und haben sich dabei auf die EU als zentrales Feindbild „eingeschossen“. Die EU gilt für AfD und PVV gleichlautend als „Brüsseler Bürokratiemonster“, das in die nationale Souveränität eingreife und „gestoppt“ werden solle (vgl. Wahlprogramme und -materialien von AfD 2014a,b, UKIP 2014a,b und Geert Wilders' PVV).*
- 4| *Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament zählt in internen Papieren 118 „Populisten“ zu den EU-Gegnern, darunter die Abgeordneten des FN, von UKIP, der FPÖ oder der PVV sowie die von PODEMOS, Syriza oder der Bewegung Fünf Sterne. Andere Autoren wiederum zählen ganze Fraktionen zu den „Anti-Europäern“ und kommen so auf 170 Abgeordnete (s. dazu u.a. Niedermayer 2014a: 361-363 und 2014b: 544).*

2. EU-GEGNER, EU-KRITIKER, LINKE UND RECHTE POPULISTEN? BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

In älteren Studien über europafeindlich gesinnte Parteien wurde in der Regel zwischen „harten“ und „weichen“ Europagegnern unterschieden (s. z.B. Taggart und Szczerbiak 2008, Hartleb 2012). Während längst etablierte rechts- oder nationalpopulistische Parteien wie die niederländische PVV, die FPÖ, die (Wahren) Finnen oder die Schwedendemokraten aufgrund ihrer Einwanderungs- und Fremdenfeindlichkeit, ihrer gezielten Tabubrüche und der Art ihrer nationalistischen Agitation (z.B. FPÖ: „Österreich zuerst“) als „rechts“, in Bezug auf Europa aber als „weiche“ EU-Gegner galten, da sie zwar das „Wie“, aber nicht grundsätzlich das „Ob“ der europäischen Integration kritisierten, galten rechtsextreme Parteien als „harte“ Europagegner, da sie die Union und ihre zugrunde liegenden Werte wie Freiheit, Demokratie, Parlamentarismus und Verfahren wie Freihandel und Wettbewerb prinzipiell ablehnen. Diese Unterscheidung kann mittlerweile als überholt angesehen werden. Aus den einst „weichen“ EU-Skeptikern sind längst knallharte EU-Feinde geworden. Für sie steht die EU für „alles, was in Europa falsch läuft“, so der Vorsitzende der PVV, Geert Wilders, sie ist das „Bürokratiemonster“, dass „ich mit all meinen Kräften bekämpfe“, so Marine Le Pen, Vorsitzende des Front National (beide zitiert nach Grabow und Hartleb 2013: 7). „Härter“ kann Gegnerschaft kaum ausgedrückt werden.

Für die rechten EU-Gegner ist die Europäische Union in erster Linie ein unzulässiger Eingriff in nationale Selbstbestimmung. Sie wollen die Union entweder ganz oder in Teilen auflösen oder fordern den Austritt ihres Landes aus der EU oder zumindest aus dem Euro. Sie befürchten Wohlstandsverluste durch europaweit einheitliche Regelungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, eine eventuell gelockerte Einwanderungs- und Asylpolitik oder durch die Kosten der EU-Institutionen selbst. Besonders heftig ist ihre Kritik in Grenzkontroll- und Einwanderungsfragen. Hier wollen sie die volle nationale Kontrolle von der EU zurückerlangen. Ansonsten bestehen ihre europapolitischen Positionen überwiegend aus Fundamentalkritik bzw. -ablehnung der EU.

Die linken EU-Gegner beklagen in erster Linie das „Brüsseler Spardiktat“ und angeblich einseitige Belastungen bei den Bemühungen zur Eindämmung der Staatsschuldenkrise. Die von der EU und ihren Institutionen auferlegte „Austerität“ ist zur Chiffre für alle Probleme geworden, unter denen die hochverschuldeten Länder Südeuropas leiden. Zudem kritisieren sie die EU als undemokratisch und die Verfahren der Entscheidungsfindung als intransparent. Sie fordern die sofortige Beendigung der Austeritätspolitik der EU, Schuldenschnitte für die am höchsten verschuldeten Länder in der EU, die Schaffung von Eurobonds, die „soziale Kontrolle“ des Bankensystems, die Abschaffung von „Steuerparadiesen“ und höhere Einkommens- und Gewinnbesteuerungen oder die Abschaffung des „Diktats“ ausgeglichener Haushalte. Zudem fordern Syriza, das *MoVimento Cinque Stelle* und andere linke EU-Kritiker die Einführung direktdemokratischer Verfahren. Während die rechten EU-Gegner überwiegend einen strikt gegen alle Bereiche der EU gerichteten Kurs fahren und dabei zumindest teilweise Fundamentalopposition betreiben, bewegen sich die linken EU-Kritiker meist im Rahmen der EU, den sie zwar nach ihren Vorstellungen verändern, aber nicht grundsätzlich abschaffen wollen.

Angesichts der zugrunde liegenden Ideologie der Parteien und der Intensität ihrer EU-Gegnerschaft bzw. -kritik erscheint es uns sinnvoll, die Parteien unabhängig von ihrer Fraktionszugehörigkeit im EP folgendermaßen einzuteilen¹:

- Linke EU-Kritiker: *Syriza*, *MoVimento Cinque Stelle*, *Podemos*, Die Linke u.a. in der GUE/NGL-Fraktion zusammengeschlossene Parteien.
- Technokratische EU-Gegner (mit teilweise rechtspopulistischen Anklängen): *AfD*, *Perus*.

- Rechte EU-Gegner:
 - Rechtspopulisten: *Front National*, *UKIP*, Dänische Volkspartei, FPÖ, Lega Nord, *PVV*, Schwedendemokraten.
 - Rechtsextreme: *Jobbik*, *Goldene Morgenröte*, *NPD*.

Die Vergabe von Adjektiven, d.h. verbale Zuordnung von Parteien zu einzelnen Lagern, birgt immer Konfliktstoff und ist selten eindeutig (u.a. Bauer 2014). So haben die (Wahren) Finnen, die sich 2012 in „Die Finnen“ (original: *Perussuomalaiset*, Abk. *Perus*) umbenannten, hinsichtlich ihrer ausländer- und einwanderungsfeindlichen Parolen mittlerweile etwas abgerüstet und könnten auch einem Lager wie „pragmatische“ oder „unideologische“ EU-Gegner zugeschlagen werden. Die Partei versteht sich in erster Linie als die Kraft, die die Interessen der „gewöhnlichen Bevölkerung“, eben „der Finnen“ gegen das politische Establishment in Helsinki und Brüssel vertritt (ebd.: 109 und Raunio 2013: 146-148). Wir betrachten „die Finnen“ in dieser Studie zusammen mit ihrem EKR-Fraktionspartner *AfD* als technokratischen EU-Gegner mit teilweise rechtspopulistischen Anklängen. Für letzteres sind einerseits die zwar leiser gewordenen, aber immer noch vorhandenen und gegen die EU gerichteten zuwanderungskritischen Töne der Partei verantwortlich, andererseits auch „rechtspopulistische Tendenzen“ in der *AfD* (Häusler u.a. 2013).

Die Einordnung der *AfD* ist in Forschung und Publizistik weiterhin umstritten. Für die Wissenschaft ist es noch zu früh, die Partei einem Lager zuzuschlagen (s. Schmitt-Beck 2014). Manche Medien oder Autoren legen sich da eher fest und bezeichnen die Partei als rechtspopulistisch (vgl. Spiegel online 2015) oder eben als Partei mit „rechtspopulistische Tendenzen“. Angesichts von Forderungen wie „[A]usländische EU-Bürger, die wegen einer Straftat ... verurteilt wurden, sind konsequent abzuschließen“ (*AfD* 2014b: 14) oder Aussagen wie „Die Indianer konnten die Einwanderung nicht stoppen. Jetzt leben sie in Reservaten“² muss sich aber niemand in der Partei wundern, wenn ihr eine gehörige Portion Rechtspopulismus attestiert wird. Die Parteiführung weist den Vorwurf der Rechtslosigkeit natürlich immer wieder weit von sich, aber entweder kann sie nichts gegen die fortwährende Unterwanderung ihrer Partei vom äußeren rechten Rand her tun oder sie nimmt dies billigend in Kauf. Es gäbe also durchaus Anzeichen, die *AfD* zu den rechten Populisten zu zählen. Ihr Europaabgeordneter Hans-Olaf Henkel jedenfalls hat kurz vor Abschluss dieser Studie den *AfD*-Bundesvorstand mit der Begründung verlassen,

dass es anhaltende Versuche von „Rechtsideologen“ gäbe, die Partei zu übernehmen (FAZ 24.04.2015: 1). Dennoch werden wir der AfD nicht den „Gefallen“ tun, sie zu den Rechtspopulisten zu zählen. Ihr Kernanliegen im Europawahlkampf war die Abschaffung des Euro. Das allein macht sie nicht zu einer wie auch immer gearteten rechten Partei. Angesichts des von ihrem Vorsitzenden immer wieder in den Vordergrund gestellten ökonomischen Sachverständes und den daraus abgeleiteten Forderungen betrachten wir sie als technokratischen EU-Gegner, der meint, der EU und der europäischen Gemeinschaftswährung mit selbst zugeschriebener ökonomischer Expertise und mit „gesundem Menschenverstand“ begegnen zu können. Wie intensiv ihre sieben AfD-Europaabgeordneten an diesem Vorhaben arbeiten, ist Teil dieser Studie. Zuvor fassen wir die programmatischen Schwerpunkte der EU-Gegner und -kritiker im letzten Europawahlkampf zusammen.

1| *Die kursiv gesetzten Parteien sind die, die wir in dieser Studie näher untersuchen.*

2| *Zitiert nach: Die Welt (21.06.2014).*

3. PROGRAMMATISCHE SCHWERPUNKTE DER EU-GEGNER UND -KRITIKER

Wie erwähnt, sind die ideologischen Grundlagen und die programmatischen Schwerpunkte der EU-Gegner und -kritiker zum Teil sehr verschieden. So stehen bei den linken EU-Kritikern vor allem ein Ende der Haushaltskonsolidierungspolitik, Schuldenschnitte für hochverschuldete Euroländer, die Einrichtung von Eurobonds und andere durch die EU und wirtschaftlich besser dastehende Mitglieds-länder zu garantierenden Leistungen im Vordergrund, während die technokratischen und die rechten EU-Gegner zumindest die Eurozone – wenn nicht gar die gesamte Union – verlassen wollen. Die Linken sind also immerhin „für etwas“. Sie sehen die EU in ihrer gegenwärtigen Form nur als Hindernis auf dem Weg dorthin. Die Technokraten und Rechten sind überwiegend „dagegen“, sei dies die europäische Gemeinschaftswährung, eine vertiefte europäi-sche Integration oder weitere Zuwanderung. Gemeinsam ist ihnen allen der Gegner: die EU. Die einen wollen sie nach ihren Vorstellungen reformieren, die anderen zumindest in zentralen Bereichen schwächen oder eben ganz abschaffen.

Tabelle 2 Programmatische Schwerpunkte der EU-Gegner und -kritiker

Linke EU-Kritiker: Syriza, MoVimento Cinque Stelle	Sofortige Beendigung der Austeritätspolitik in der EU; Schuldenschnitt für hochverschuldete Euroländer; Neustrukturierung der Eurozone und Schaffung eines finanziellen Ausgleichs für ärmere EU-Staaten; Einrichtung von Eurobonds; Abschaffung des Fiskalpaktes; Referendum über den Euro (M5S); Ende der Haushaltsdisziplin; Ablehnung von TTIP; Einführung der 35-Stunden-Woche ohne Lohnkürzungen; komplette Angleichung der Löhne und Renten für Männer und Frauen; Finanztransaktionssteuern; Einführung direktdemokratische Elemente in der EU; Ende von Abschiebungsmethoden, wie sie bspw. von Frontex angewendet werden; Zuteilung von Migranten nach Pro-Kopf-Einkommen der EU-Staaten; Abschaffung von Aufnahmelagern.
Technokratische EU-Gegner: AfD, Perus	Abschaffung des Euro; „geordnete Auflösung des Währungsgebietes“; Austritt Deutschlands aus der Eurozone; Rückkehr zur D-Mark (und allen anderen nationalen Währungen); Ablehnung einer europäischen Bankenunion; keine weitere Verlagerung von Gesetzgebungskompetenzen auf europäische Ebene; Vetorechte der nationalen Parlamente und Bürgervetos gegen Gesetzgebungsakte der EU-Organe; Senkung des EU-Haushalts; Halbierung der Bediensteten der EU; Ausrichtung der Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte an wirtschaftlichen Interessen; „heimatnahe“ Gewährung von Asyl; konsequente Abschiebung von kriminellen EU- und nicht-EU-Ausländern; die Entwicklung der EU hin zu einem föderalen Staat muss gestoppt werden; die Selbstbestimmung der Mitgliedsländer muss sichergestellt werden; Euro-Länder, die in Krisen geraten, sollten den Euro in einem kontrollierten Prozess verlassen; Bürokratieabbau („weniger Brüssel“); Referendum über Verbleib in der EU; Ausbau von Fontex; Beendigung des Asyl“tourismus“ (Perus).
Rechte EU-Gegner	
Rechtspopulisten: Front National, UKIP, FPÖ, PVV	Nationale Referenden über EU-Austritt; keine weiteren Kompetenzen für die EU; Rückverlagerung politischer Zuständigkeiten an Nationalstaaten; keine Schuldenunion; keine Beteiligung an EU-Haushalt mehr; Schaffung eines „Kerneuropas der Nettozahler“ (FPÖ); Rückkehr zur nationalen Währung; Masseneinwanderung stoppen; Grenzkontrollen; Aufkündigung des Schengener Abkommens; Einwanderungsregulierung; Sozialleistungen vorrangig für Einheimische; Einwanderungsstopp für Muslime; Einwanderung nach Bedarf der Wirtschaft; Kopftuchverbot; Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft; gegen Gender-Mainstreaming.

Rechtsextreme: Jobbik, Goldene Morgenröte, NPD	Wiederherstellung nationaler Souveränität; Austritt der Länder aus der EU; Schuldenschnitt (Ch.A.) bzw. Volksabstimmung über den Euro; Rückkehr zu nationalen Währungen; sofortige Beendigung der europäischen Schulden- und Transferunion (NPD); Ablehnung der Bankenunion; Ablehnung von TTIP; „unkontrollierte Massenzuwanderung“ aus aller Welt stoppen; Aufwertung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex; Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen; Aufkündigung des Schengener Abkommens; komplette Re-Nationalisierung innen- und migrationspolitischer Kompetenzen; Beendigung der Zuwanderung von armen und gering qualifizierten Immigranten in nationale Sozialsysteme; Sozialansprüche nur für „Einheimische“; „Deportation“ illegaler Einwanderer in die Herkunftsländer; Ende der „transatlantischen Fixierung“; Aufbau partnerschaftlicher und dauerhafter Beziehungen zu Russland.
--	---

Quellen: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage der Europawahlprogramme der Parteien.

AfD (2014a,b), Ch.A. (2014), Dutch News (2014), FPÖ (2011, 2013), FN (2013), Jobbik (2010, o.J.), M5S (2014), NPD (2014), Perussuomalaiset (2014), PVV (2012), Syriza (2014), UKIP (2014a,b).

Bemerkenswert ist, dass sich die programmatisch zwar nur ansatzweise profilierte¹ aber eindeutig linksgerichtete Bewegung Cinque Stelle nach den Wahlen entschlossen hat, der Fraktion „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie“ (EFDD) beizutreten, die unter Führung von UKIP eindeutig gegen die EU insgesamt antritt und dabei nationalistische und rechtspopulistische Töne anschlägt. Hier ging es neben der für eine Fraktionsbildung notwendigen Zählweise (mindestens 25 Abgeordnete aus mindestens sieben Mitgliedsländern der EU) vor allem darum, eine gegen die EU gerichtete Front aufzubauen, in die sich Cinque Stelle bereitwillig hat einfangen lassen. Bemerkenswert ist ferner, dass trotz vorheriger Ankündigungen und großer inhaltlicher Schnittmengen keine größere Anti-EU-Fraktion gebildet wurde. Die Abgeordneten des Front National, der PVV, die der FPÖ und der Lega Nord sind alle fraktionslos geblieben und haben damit auf die Chance verzichtet, geballt gegen ihren gemeinsamen Gegner vorzugehen. Die Abgeordneten der rechtsextremen Parteien sind ebenfalls fraktionslos geblieben, weil auch die Rechtspopulisten Berührungsängste gegenüber ihnen hatten und sie allein die Anforderungen an eine Fraktionsbildung nicht erfüllen.

1| *Das Europawahlprogramm der Bewegung bestand lediglich aus einer Seite mit sieben Punkten, vgl. M55 (2014).*

4. EU-GEGNER IM EUROPAPARLAMENT

4.1. DAS EUROPAPARLAMENT IM POLITISCHEN SYSTEM DER EU

Das Europäische Parlament zählt zu den EU-Institutionen, deren Kompetenzen in den letzten Jahren deutlich ausgebaut worden sind. Anders als beispielsweise der Deutsche Bundestag besitzt es zwar nach wie vor kein eigenes Initiativrecht im Rahmen der europäischen Rechtssetzung, aber mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags zum 1. Dezember 2009 wurde das ehemalige Mitentscheidungsverfahren zum „ordentlichen Gesetzgebungsverfahren“ aufgewertet, wobei auch die Zuständigkeitsbereiche des Parlaments um mehrere Bereiche, vor allem in der Rechts-, Haushalts- und Agrarpolitik erweitert wurden (Pollak und Slominski 2012: 78). Trotz fehlenden unmittelbaren Initiativrechts kann das Europäische Parlament die Kommission dazu auffordern, zu bestimmten Themen einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union (Ministerrat) bildet das Europäische Parlament die legislative Ebene der EU. Beide Organe sind im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren gleichberechtigt. Sie verabschieden Verordnungen, Richtlinien und alle anderen Beschlüsse. Damit eine Initiative der Kommission angenommen und in EU-weite Regeln umgesetzt werden kann, ist eine Mehrheit in beiden „Kammern“ erforderlich, wobei keine die Entscheidung der anderen überstimmen kann. In jeweils zwei Lesungen können im Ministerrat und im Parlament an einem von der Kommission eingebrachten

Text Änderungen vorgenommen werden. Sollte es zwischen Rat und Parlament zu keiner Einigung kommen, käme ein Vermittlungsausschuss, ähnlich wie im deutschen Gesetzgebungsverfahren, zum Einsatz.

Neben den legislativen Aufgaben und dem erweiterten Budgetrecht¹ hat das EP eine Repräsentations-, eine Legitimations- und eine Wahlfunktion. Darüber hinaus übt es parlamentarische Kontrollrechte gegenüber den anderen EU-Organen, insbesondere gegenüber der EU-Kommission und dem Ministerrat aus. Am sichtbarsten geworden ist der Bedeutungszuwachs des Europäischen Parlaments jedoch in seiner Wahl- und Ernennungsfunktion der EU-Kommission (Oppeland 2009: 88ff.).

Laut EU-Vertrag wählt das Europaparlament den Präsidenten der Kommission mit der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder (EU 2010, § 17). Das Recht, dem Parlament einen Kandidaten vorzuschlagen, liegt dabei beim Europäischen Rat, also den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten. Bei ihrem Vorschlag sollte der Europäische Rat das Ergebnis der vorangegangenen Europawahlen stets berücksichtigen. Die Regel war bis 2014 allerdings, dass der Kandidat für das Amt aus der europäischen Partei kam, die bei der Wahl am besten abschnitt, dabei aber unbedingt die Zustimmung aller Staats- und Regierungschefs finden musste. Da die europäischen Parteien im Vorfeld der Wahlen 2014 allerdings eigene Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten aufstellten, kam dem Vertragszusatz „... dabei berücksichtigt er [der Europäische Rat, KG] das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament“ (ebd.) eine ganz neue Bedeutung zu: Der Europäische Rat kam am Wahlergebnis nun nicht mehr vorbei. Die Wahlfunktion des Europäischen Parlaments und damit seine Bedeutung im Machtgefüge der gesamten Union wurden damit weiter gestärkt (Heidbreder und Auracher 2015).

Beschlüsse des Parlaments erfordern in den meisten Fällen eine absolute Mehrheit der anwesenden Abgeordneten, manche aber auch die absolute Mehrheit aller Abgeordneten. Von besonderer Bedeutung ist das bei der Wahl des Kommissionspräsidenten und der en bloc-Bestätigung der EU-Kommissare, die zuvor eine Anhörung in den entsprechenden Ausschüssen des Parlaments überstehen müssen. Im Unterschied zu parlamentarischen politischen Systemen auf nationalstaatlicher (oder regionaler) Ebene stützt sich die Kommission im Alltagsbetrieb nicht immer auf dieselbe, dauerhaft institutionalisierte Mehrheit, sondern sucht

diese dort, wo sie sie findet, ebenso wie die Fraktionen häufig für ihre Anliegen nach Unterstützern aus anderen Gruppierungen suchen müssen. Die Fraktionsdisziplin ist im EP zwar immer noch geringer ausgeprägt als in nationalen Parlamenten, insbesondere denen in parlamentarischen Regierungssystemen, aber in den großen Fraktionen nähert sie sich dem aus nationalen Parlamenten bekannten Muster an. Die Hürde für einen erfolgreichen Misstrauensantrag gegen die Kommission ist mit einer dafür erforderlichen Zweidrittelmehrheit so hoch, dass der parlamentarischen Wahlfunktion des EP keine gleichwertige „Abwahlfunktion“ – wie in nationalen Parlamenten – gegenübersteht. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine solche Zweidrittelmehrheit zustande kommt, ist allerdings gering. Insofern kann das EP der Kommission nicht wirklich „gefährlich“ werden.

Im 8. Europaparlament sitzen 751 Abgeordnete. Die größte Fraktion ist die der Europäischen Volkspartei, die 221 Abgeordnete stellt, gefolgt von der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten für Europa (S&D), in der 191 Europaabgeordnete organisiert sind. Es folgen die Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR), denen sich auch einige EU-gegnerische Parteien wie die Dänische Volkspartei, die (Wahren) Finnen oder die AfD angeschlossen haben, mit insgesamt 70 Abgeordneten. Viertstärkste Fraktion sind die Liberalen (67), gefolgt von der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL), die 52 Abgeordnete umfasst, darunter die der griechischen Syriza, der spanischen Podemos, der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens und von der Partei Die Linke aus Deutschland. Die fünftgrößte Fraktion bilden die Europa-Grünen mit 50 Abgeordneten. Deutlich gewachsen, und zwar auf 48 von zuvor 31 Abgeordneten, ist die Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD), in der sich unter Führung der UKIP etliche EU-Gegner versammelt haben, darunter auch Schwedendemokraten, die litauische Partei Ordnung und Gerechtigkeit (TT) und – sehr zur Verwunderung der meisten Beobachter – auch die italienische 5-Sterne Bewegung. 52 Abgeordnete blieben fraktionslos, darunter alle 23 des Front National, die fünf der Lega Nord sowie die jeweils vier der niederländischen und österreichischen Freiheitsparteien PVV und FPÖ. Auch die jeweils drei Abgeordneten der griechischen und ungarischen rechtsextremen Parteien Goldene Morgenröte und Jobbik, blieben, wie Udo Voigt von der NPD, fraktionslos. Von der absoluten Mehrheit, die bei 376 Stimmen liegt, ist also jede Gruppe weit entfernt.

Gemeinhin wird angenommen, dass „im Zweifel“ stets eine Art Große Koalition aus EVP und Sozialdemokraten zustande kommt (Niedermayer 2014b: 545). In zentralen Fragen, wie z.B. der Wahl der neuen EU-Kommission am 22. Oktober 2014, der Verabschiedung des EU-Haushaltes für 2015 am selben Tag, der Abwehr des Misstrauensantrags gegen die Kommission am 27. November oder der Entscheidung vom 16. September 2014, ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine abzuschließen, trifft das sicher zu (EVP-Fraktion 2014b). Bei anderen Entscheidungen ist das nicht immer der Fall, wie z.B. der Entscheidung des Parlaments, im Zusammenhang mit einem EU-Kanada-Kooperationsabkommen Fluggastdaten auszutauschen. Da gingen die Meinungen von EVP und Sozialdemokraten komplett auseinander (ebd.). Letztere votierten mit den Liberalen, den Grünen, den Linken und einer ganzen Reihe von fraktionslosen Abgeordneten dafür, erst durch den Europäischen Gerichtshof prüfen zu lassen, ob das Vorhaben mit den EU-Verträgen vereinbar ist (EP 2014b).

Auffallend ist bei einem ersten Blick auf das Abstimmungsverhalten (ausführlicher dazu Abschnitt 4.2.4), dass bei den ersten wichtigen Entscheidungen des neu zusammengetretenen Parlaments, wie z.B. der Wahl der neuen Kommission oder dem Misstrauensantrag gegen diese gut einen Monat später, die Abgeordneten der EFDD, Fraktionslose, Teile der EKR und Abgeordnete der Vereinten Europäischen Linken gemeinsam stimmten. Die EFDD sowie die Fraktionslosen sind in der Regel geschlossen „dagegen“ – oder „dafür“, je nach Formulierung des zugrunde liegenden Antrags. Auffallend ist auch, dass in den meisten Fällen – beabsichtigt oder nicht – die Vereinten Europäischen Linken genauso stimmen. Bis Jahresende 2014 entsprach ihr Abstimmungsverhalten zu 67% dem der in der EFDD organisierten und den fraktionslosen EU-Gegnern. Die Konservativen und Reformisten sind dagegen sehr flexibel und stimmen mal mit der einen, mal mit der anderen Fraktion oder Richtung.

Die Bildung einer gemeinsamen Fraktion aller, oder zumindest der rechten EU-Gegner ist, wie oben erwähnt, nach den Wahlen erneut gescheitert. Keiner der wortgewaltigen und machtbewussten „Volkstribune“ mochte sich von einem oder einer anderen die Show stehlen lassen. Die EFDD ist, schon allein aufgrund der zahlenmäßigen Stärke von UKIP, fest in der Hand der britischen EU-Feinde um ihren Frontmann Nigel Farage. Da fand Marine Le Pen, die vor der Wahl eine Koalitionsbildung mit Geert Wilders' PVV angekündigt hatte, für sich und ihre 22 Mitstreiter keinen Platz mehr

und auch die Liaison mit der PVV platzte am Ende. Auch die anderen, kleineren EU-Gegner sind untereinander zerstritten (vgl. Vejvodová 2013), so dass eine auch durch Fraktionsbildung institutionalisierte, von rechts gegen die EU gerichtete Front nicht zustande kam.

Zudem haben die EU-freundlichen Kräfte aus EVP, der Allianz der Sozialdemokraten, den Liberalen und den Europa-Grünen zusammen noch immer eine rechnerische Mehrheit, auch wenn diese in Einzelfällen alles andere als selbstverständlich ist. Aufgrund der gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse werden die EU-Gegner weder das Europäische Parlament noch die gesamte Union aus den Angeln heben können. Aber sie sind stark genug, um eigene Entschließungsanträge einzubringen, sie können dadurch Entscheidungen und Abläufe im Parlament beeinflussen, die Mehrheitsbildung der EU-freundlichen Parteien vermutlich nicht verhindern, aber die Kosten der Mehrheitsfindung erhöhen. Sie haben zudem eine Bühne, von der aus sie ihre Positionen hörbar darstellen und das Parlament und die gesamte Union auch jederzeit öffentlich nachlesbar diffamieren können (z.B. EP 2014c). Die Union geht davon vermutlich nicht unter. Aber das Klima in ihrer Volksvertretung ist gerade in dem Moment, als das Parlament mehr Rechte für sich hat durchsetzen können, rauer geworden. Konflikt, teils um des Konflikts willen, ist dabei, den meist konsensorientierten Entscheidungsstil im EP abzulösen.

Manche sehen im Populismus, egal ob von links oder rechts, von oben oder unten, ein notwendiges „Frühwarnsystem“, auf das die etablierten demokratischen Parteien rechtzeitig reagieren müssen, um Populisten von politischen Entscheidungspositionen fernzuhalten (vgl. Decker 2009). Dafür ist es im gegenwärtigen Europaparlament zu spät. Sie sind „drin“ und verfolgen ihre Agenda. Wie intensiv und mit welchen Konsequenzen, erörtern wir in den folgenden Abschnitten.

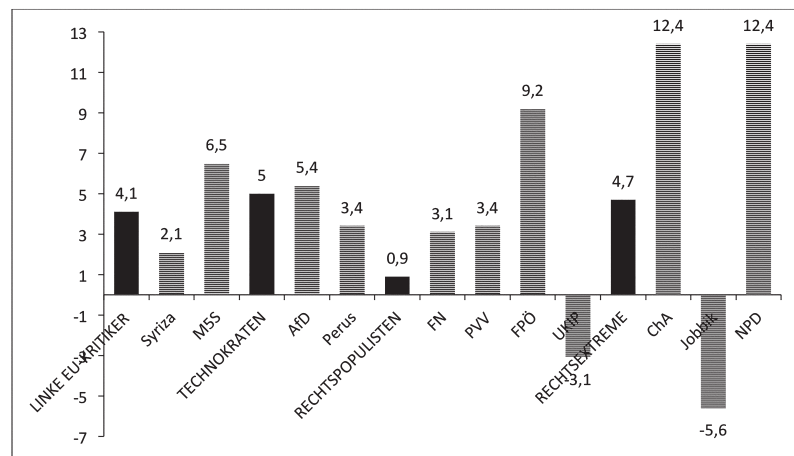
4.2 PARLAMENTARISCHE AKTIVITÄTEN DER EU-GEGNER UND -KRITIKER

4.2.1 Aktivitäten im Plenum²

Die aktive Teilnahme an den Plenarsitzungen des Parlaments ist Voraussetzung dafür, dass Abgeordnete ihre Positionen in das Plenum einbringen und die Entscheidungsprozesse in der EU durch Wortmeldungen, Anfragen an die Kommission oder Entschließungsanträge mitgestalten können.

Im Untersuchungszeitraum, der die Zeitspanne von der konstituierenden Sitzung des 8. EP am 1. Juli 2014 bis zum 12. März 2015 umfasst, fanden insgesamt 39 Plenarsitzungen statt. Die durchschnittliche Anwesenheitsquote aller 751 Europaabgeordneten betrug 87,6% (34 von 39 Sitzungen). Was die reine Teilnahme an den Sitzungen des Parlaments betrifft, sind die EU-Gegner und -kritiker zusammen aktiver als der Durchschnitt aller anderen Abgeordneten. Sie nahmen im Schnitt an 90% der Plenarsitzungen teil.

Abbildung 1 Abweichungen der Anwesenheitsquoten der EU-Gegner und -kritiker vom Gesamtdurchschnitt (in Prozent)



Eigene Berechnung.
Anwesenheitsquote aller Europaabgeordneter vom 01.07.2014 bis zum 12.03.2015: 87,6%.

Betrachten wir die Parteien entsprechend der oben vorgenommenen Gliederung, sind die technokratischen EU-Gegner, d.h. die Abgeordneten von AfD und den „Finnen“ mit einer Anwesenheitsquote von 92,6% im Schnitt häufiger im Plenarsaal als die Abgeordneten der anderen untersuchten Parteien. Es folgen mit geringem Abstand die rechtsextremen Abgeordneten mit einer durchschnittlichen Anwesenheitsquote von 92,3% und die linken EU-Kritiker, die auf eine durchschnittliche Anwesenheitsquote von 91,7% kommen. Die Rechtspopulisten bilden mit 88,5% das Schlusslicht der untersuchten Parteien, liegen allerdings auch knapp über dem Gesamtdurchschnitt aller Europaabgeordneten (vgl. Abbildung 1).

Innerhalb der jeweiligen Gruppen fallen allerdings recht große Varianzen auf. Die Technokraten liegen noch recht nah beieinander (Durchschnitt AfD: 93%; Durchschnitt Perus: 91,3%), aber schon in der AfD variiert die Anwesenheitsquote deutlich. Während der Vorsitzende der AfD-Delegation, Bernd Lucke, an 38 der 39 Plenarsitzungen teilnahm (97,4%), erreichte Hans-Olaf Henkel mit 87% die niedrigste AfD-, aber immerhin noch eine EP-weit durchschnittliche Anwesenheitsquote.

Größer sind die Varianzen in den anderen Gruppen. Die Rechtsextremen verdanken ihre hohe Anwesenheitsquote dem NPD-Abgeordneten Udo Voigt, der wie die drei Abgeordneten der griechischen Goldenen Morgenröte an allen 39 Plenarsitzungen im Untersuchungszeitraum teilnahm, während die drei Jobbik-Abgeordneten zusammen auf unterdurchschnittliche 82% kamen. Unter diesen drei Abgeordneten gab es selbst noch weitere Varianzen, die zwischen Einzelwerten von 100% und 70% schwanken.

Auch bei den linken Parteien variiert die Anwesenheitsquote intern. Vier der sieben Syriza- Abgeordneten weisen mit über 90% sehr hohe Anwesenheitswerte auf. Für die restlichen drei Abgeordneten lassen sich Werte zwischen 50% und 89,7% konstatieren. Für M5S ist ebenfalls eine solche Zweiteilung erkennbar. Anders als bei Syriza ist die Gruppe der aktiven Abgeordneten jedoch deutlich größer. Die Mehrheit der 17 M5S-Abgeordneten weisen hohe bis sehr hohe Anwesenheitswerte auf, die zwischen 88% und 100% variieren. Lediglich bei zwei Mitgliedern lassen sich leicht bis stark unterdurchschnittliche Werte beobachten. Diese liegen bei 74,4% und 84,6%.

Die Auswertung der Anwesenheit bei Plenarsitzungen mit Abstimmungen und Plenarsitzungen ohne Abstimmungen zeigt, dass im Durchschnitt bei allen Abgeordneten des Europäischen Parlaments ein Anwesenheitsrückgang zwischen Abstimmungs- und Nichtabstimmungssitzungen zu verzeichnen ist. Diese Beobachtung bestätigt sich zudem für die gesamte Gruppe der linken EU-Kritiker, bei denen ein durchschnittlicher Rückgang von ca. 6% vorhanden ist. Bei einzelner Betrachtung der Parteien ergibt sich ein Rückgang von 8% für Syriza und die 3% für M5S.

Bei den Rechtspopulisten schwanken die Anwesenheitsquoten am meisten. Liegt die durchschnittliche Anwesenheit aller Rechtspopulisten knapp über dem Gesamtdurchschnitt aller Europaabgeordneten, sind die 24

UKIP-Abgeordneten mit durchschnittlich 84,5% deutlich seltener im Plenum als andere EU-Gegner. Ausreißer nach unten ist hierbei der Earl of Dartmouth, der quasi als Gelegenheitsabgeordneter nur an jeder zweiten Plenarsitzung teilnahm. Bei weiteren sieben UKIP-Abgeordneten liegt die Anwesenheitsquote unter 80%. Sehr häufig hingegen sitzen die vier Abgeordneten der FPÖ im Plenum des EP. Sie erreichen eine durchschnittliche Anwesenheitsquote von 96,8%, können aber, wie die ebenfalls überdurchschnittlich anwesenden Abgeordneten des FN oder der PVV, die durch UKIP bedingte unterdurchschnittliche Teilnahmebereitschaft in der Gruppe der Rechtspopulisten nicht mehr entscheidend verbessern.

Die Anwesenheitsquoten allein sind jedoch kaum geeignet, Rückschlüsse über den Grad der Intensität der Arbeit gegen die EU oder gegen das EP zu ziehen. Schließlich bietet allein das Tagegeld von 305 EUR pro Sitzungsteilnahme für jeden Abgeordneten einen Anreiz, sich in die Anwesenheitsliste einzutragen und zumindest für ein paar Stunden den Abgeordnetensitz einzunehmen. Der Front National hat von dieser zusätzlichen Einnahmequelle auch schon Gebrauch gemacht und die Mittel rechtswidrig für die eigene Parteien(quer)finanzierung genutzt (vgl. Nielsen 2015).

Blicken wir auf die Aktivitäten der Europagegner und -kritiker im Plenum, wird das Bild schärfer. Als Aktivität haben wir Wortmeldungen der Abgeordneten im Plenum³, mündliche und schriftliche Anfragen an die Kommission und Entschließungsanträge einzelner Abgeordneter sowie von Fraktionen erfasst, denen sich die hier untersuchten Abgeordneten angeschlossen haben.

Hier fällt auf, dass die linken EU-Kritiker im Schnitt in allen drei Aktivitätsformen über dem Gesamtdurchschnitt liegen, die technokratischen EU-Gegner über alle Aktivitätsformen gesehen unterdurchschnittlich aktiv sind, die Rechtspopulisten und die Rechtsextremen jeweils viel reden, aber hinsichtlich der parlamentarischen Anfragen oder eingebrachter Entschließungsanträge zum Teil sehr deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt aller Abgeordneter liegen (vgl. Tabelle 3).

In den jeweiligen Gruppen sowie in den Parteien selbst gibt es jedoch, wie schon bei den Anwesenheitsquoten, bemerkenswerte Differenzen. So kommt die überdurchschnittliche Zahl der Wortmeldungen der linken EU-Kritiker nur zustande, weil die Abgeordneten von M5S viel aktiver sind als die von Syriza. Die vergleichsweise hohe Zahl an Wortmeldungen aus dem M5S ergibt sich aber auch nur deshalb, weil die Bewegung zwei ausgesprochen aktive Abgeordnete in ihren Reihen hat, die sich im Untersuchungszeitraum 163 bzw. 195 Mal zu Wort gemeldet haben. Ohne diese wäre auch das M5S unter dem Gesamtdurchschnitt aller Abgeordneten hinsichtlich der Wortmeldungen geblieben.

Ein ähnliches Muster zeigt sich auch bei den technokratischen EU-Gegnern. Dass sie bei den Wortmeldungen im Plenum unterdurchschnittlich aktiv sind, geht auf das Konto Perus-Abgeordneten, die sich nur vier Mal zu Wort gemeldet haben, die AfD-Abgeordneten hingegen im Schnitt 34 Mal. Spitzenreiterin ist hier die Abgeordnete Beatrix von Storch mit 93 Wortmeldungen im Untersuchungszeitraum. Bei Anfragen an die Kommission und Entschließungsanträgen waren die AfD-Abgeordneten aber ähnlich zurückhaltend wie ihre finnischen Kollegen, so dass für die Gruppe der Technokraten eine unterdurchschnittliche Plenaraktivität festzustellen ist.

Auch unter den Rechtspopulisten gibt es aktive und passive Abgeordnete. Auffallend ist die hohe Zahl der Wortmeldungen aus der FPÖ. Ihre vier Abgeordneten kommen im Schnitt auf 125 Wortmeldungen und auch auf eine überdurchschnittlich hohe Zahl an Anfragen. Die Spannweite der der Wortmeldungen der Abgeordneten des Front National reicht von 134 bis 0 (Jean-Marie Le Pen). Bei der UKIP zeigt sich ein fast durchgängig niedriges Niveau der Wortmeldungshäufigkeit: 17 der 24 Abgeordneten haben sich im Untersuchungszeitraum seltener als 20 Mal im Plenum zu Wort gemeldet, nur ein Abgeordneter fällt mit 154 Wortmeldungen aus der Reihe. Der Parteivorsitzende Nigel Farage, dessen Wortbeiträge im Plenum immer wieder für mediale Aufmerksamkeit gesorgt haben, hat im Untersuchungszeitraum ebenfalls lediglich 14 Wortmeldungen vorzuweisen.

Tabelle 3 Aktivitäten der EU-Gegner und -kritiker im Plenum

Partei/ Gruppe	Wort- meldungen	Ab- weichung	Anfragen	Ab- weichung	Ent- schließungs- anträge	Ab- weichung
Ø Linke EU- Kritiker (N = 23 MdEP)	34*	+5	56	+40	18	+7
Syriza (6)	17	-12	34	+19	19	+8
M5S (17)	40	+11	65	+49	17	+6
Ø Techno- kraten (N = 9)	28	-1	7	-9	3	-8
AfD (7)	34	+5	9	-7	3	-8
Perus (2)	4	-25	0	-16	2	-9
Ø Rechts- populisten (N = 55)	44	+15	15	-1	3	-8
FN (23)	58	+29	16	+/-0	5	-6
PVV (4)	7	-22	11	-5	3	-8
FPÖ (4)	125	+96	26	+10	3	-8
UKIP (24)	24	-5	13	-3	1	-10
Ø Rechts- extreme (N = 7)	88	+59	14	-2	0**	-11
Ch.A. (3)	176	+147	20	+4	0	-11
Jobbik (3)	24	-5	6	-10	0	-11
NPD (1)	16	-13	17	+1	1	-10

Die jeweiligen Gesamtdurchschnittswerte im EP betragen für alle 751 Abgeordnete, jeweils gerundet:

Wortmeldungen: 29,

Anfragen: 16,

Entschließungsanträge: 11.

* alle Werte gerundet.

** Da Udo Voigt (NPD) einen Entschließungsantrag eingebracht hat, beträgt der rechnerische Durchschnittswert für die Gruppe der untersuchten rechtsextremen Parteien 0,14, der aber, wie alle anderen Werte in dieser Übersicht nach mathematischen Regeln gerundet wurde.

Bei den parlamentarischen Anfragen zeichnet sich dieser Unterschied zwischen einerseits PVV und UKIP und andererseits Front National und FPÖ zwar ebenfalls ab, jedoch schwächer als bei den Wortmeldungen. Der rechtspopulistische Anfrage-Durchschnitt liegt bei 15,1 und damit

geringfügig unter dem Gesamtwert aller Abgeordneten von 15,8. Einzeln betrachtet liegen die Werte bei 11 (PVV) und 13 (UKIP) bzw. 16 (Front National) und 26 (FPÖ).

Betrachtet man die Parteien im Einzelnen genauer, werden interne Unterschiede sichtbar. Beim Front National kann man eine Zweiteilung ausmachen. 14 Abgeordnete liegen unter dem oben erwähnten Gesamtdurchschnitt der parlamentarischen Anfragen aller Abgeordneten, den niedrigsten Wert hat hier Jean-Marie Le Pen mit vier Anfragen. Neun Abgeordnete des FN liegen hingegen über dem Durchschnitt. Auch bei der PVV fällt eine Zweiteilung auf. Zwei Abgeordnete haben mit jeweils sechs parlamentarischen Anfragen einen deutlich unterdurchschnittlichen Wert vorzuweisen, die beiden anderen mit 16 bzw. 17 Anfragen einen überdurchschnittlichen Wert. Drei der vier FPÖ-Abgeordneten liegen deutlich über diesem PVV-Höchstwert. Ihr niedrigster Wert beträgt 11 parlamentarische Anfragen. In der UKIP existieren bei der Häufigkeit der parlamentarischen Anfragen drei Gruppen: Erstens die Inaktiven (0-3 Anfragen), sie bestehen aus 13 der 24 Abgeordneten, wovon vier gar keine Anfragen gestellt haben (u.a. Nigel Farage). Zweitens die Gruppe der unterdurchschnittlich aktiven Abgeordneten (4-15 Anfragen). Zu dieser Gruppe zählen vier Abgeordnete. Und drittens die Gruppe der überdurchschnittlich Aktiven (mehr als 15 Anfragen). Der höchste Wert der zweiten Gruppe beträgt 10; der niedrigste der überdurchschnittlich aktiven Gruppe jedoch 26. Somit bestehen deutliche Lücken zwischen den Gruppen. Der UKIP-Höchstwert der parlamentarischen Anfragen beträgt 56. Dieser ist auch gleichzeitig der Höchstwert aller Abgeordneten der rechtspopulistischen Gruppierung in Bezug auf die Anfragen.

Bei der Einordnung der Häufigkeit der Entschließungsanträge verhält es sich anders als bei den Wortmeldungen im Plenum und den parlamentarischen Anfragen. Hier liegen die Werte aller Abgeordneten deutlich unter dem parlamentarischen Gesamtdurchschnitt von 11,3. Insgesamt zeigt sich, dass Front National und FPÖ bei den Wortmeldungen und Anfragen sehr aktiv sind, nicht aber bei den Entschließungsanträgen. UKIP und PVV haben hingegen bei allen drei Aktivitätsformen unterdurchschnittliche Werte.

Dass die rechtsextremen Parteien auf den ersten Blick einen aktiven Eindruck machen, liegt vor allem an der hohen Zahl der Wortmeldungen der drei Abgeordneten der Goldenen Morgenröte. Im Schnitt kommen sie auf 176 Wortmeldungen. Spitzenreiter ist der Abgeordnete Lampros

Fountoulis mit 200. Es sagt aber viel über die Art und Weise der Mandatsausübung der griechischen Rechtsextremen aus, dass ein Großteil dieser „Wortmeldungen“ schriftlich, also eher für das Protokoll, eingereicht wurde. Zudem nutzen sie auch nur das Plenum für Scheinaktivitäten. In ihren Ausschüssen sind die drei Abgeordneten der Goldenen Morgenröte zwar anwesend, sie beteiligen sich dort aber nicht (vgl. Abschnitt 4.2.2). Die drei Jobbik-Abgeordneten sind im Parlament insgesamt passiv, während der NPD-Abgeordnete Udo Voigt auf insgesamt 34 Aktivitäten im Untersuchungszeitraum kommt (16 Wortmeldungen, 17 Anfragen und ein Entschließungsantrag zur Freilassung der in Griechenland inhaftierten Funktionäre der Goldenen Morgenröte), damit aber unter dem Gesamtdurchschnitt aller MdEP bleibt, die auf durchschnittlich 56 Aktivitäten kamen.

Hervorzuheben sind an dieser Stelle vor allem drei Beobachtungen. Erstens, als Gruppe sind die linken EU-Kritiker überdurchschnittlich aktiv, was vor allem den Abgeordneten des MoVimento Cinque Stelle zu verdanken ist. Zweitens, die EU-Gegner, unabhängig, ob es sich um Technokraten, Rechtspopulisten oder Rechtsextreme handelt, sind bei der einfachsten Aktivitätsform, den Wortmeldungen, mehrheitlich noch überdurchschnittlich aktiv. Manche, wie die FPÖ oder die Goldene Morgenröte, stechen gar durch eine Art Hyperaktivität hervor. Aber bei genauerem Hinsehen zeigt sich, dass es sich hierbei entweder um Scheinaktivitäten für das Protokoll handelt (schriftliche Wortmeldungen, auch wenn diese formal den mündlichen gleichgestellt sind). Bei den aufwendigeren Formen der Aktivitäten, den Anfragen an die Kommission oder Entschließungsanträgen, sacken die meisten rechten EU-Gegner schnell ab und bleiben zum Teil sehr deutlich unter dem allgemeinen Aktivitätsniveau. In Verbindung mit ihrem Engagement in den Ausschüssen legt das den Schluss nahe, dass zumindest die Mehrheit der rechten EU-Gegner auf Effekte aus ist, die sich schnell und „preiswert“ im Plenum des EP erzielen lassen. Wird es aufwendiger, verlieren sie das Interesse. Das gilt, drittens, wiederum in erster Linie für die Rechtspopulisten, während die rechtsextremen EU-Gegner durch eine hohe Anwesenheitsdisziplin auffallen.

4.2.2 Inhalte der Parlamentstätigkeiten

Bisher haben wir lediglich dargelegt, wie häufig sich die Abgeordneten der EU-feindlichen und -kritischen Parteien im Plenum zu Wort gemeldet haben oder in anderer Weise aktiv geworden sind. Dieser Abschnitt zeigt, welche Themen sie behandeln. Gleichzeitig untersuchen wir, wie nah die

angesprochenen Themen an den Europawahlprogrammen der jeweiligen Parteien liegen, um die oben gestellte Frage zu beantworten, ob sie im Parlament tun, was sie ihren Wählern versprochen haben.

Angesichts der großen Bandbreite an Themen, die im Plenum behandelt wurden, haben wir für die Analyse sechs Kategorien gebildet und die Aktivitäten entsprechend zugeordnet. Diese Kategorien sind: (1) Euro- und Finanzpolitik, (2) Europäische Institutionenordnung, einschließlich der Zuständigkeitsbereiche der EU, Kompetenzverteilung zwischen den EU-Organen und Fragen der Erweiterung der EU, (3) Wirtschafts- und Sozialpolitik, (4) Migration, Asyl, Grenzkontrollen und (5) Außen- und internationale Handelspolitik. Was nicht eindeutig zu verorten war, fiel in die Kategorie (6) „Sonstiges“. Die Zuordnung basiert auf den Überschriften der Wortmeldungen, Anfragen und Entschließungsanträgen. Ließen sich die Aktivitäten nicht sofort anhand der Überschrift ordnen, wurden sie ganz gelesen, dann der jeweiligen Kategorie zugeordnet. Aufgrund der teilweise hohen Varianz der behandelten Inhalte in den Gruppen haben wir auf Gruppendurchschnittswerte verzichtet und stellen die Themenschwerpunkte der untersuchten Parteien einzeln dar, wobei sich zumindest teilweise durchaus auch Gemeinsamkeiten in den jeweiligen Gruppen abzeichnen.

Bei den linken EU-Kritikern tun zumindest die sechs Syriza-Abgeordneten im Ansatz, was sie ihren Wählern versprochen haben: Sie sind zwar insgesamt weniger aktiv als die Abgeordneten von M5S, aber ihre Aktivitäten fallen in die Kategorien „Euro- und anderen finanzpolitischen Fragen“, die „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sowie in den Bereich „Außen- und Handelspolitik“. Der Großteil ihrer Aktivitäten fällt jedoch in die Kategorie „Sonstiges“. Dennoch treten die Abgeordneten von Syriza, wie im Europawahlprogramm angekündigt, für ein Ende der Austeritätspolitik in der EU und in Griechenland, die Abschaffung der Troika, für Investitionspakete zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, das Ende der Privatisierungsstrategie im öffentlichen Sektor, einen Schuldenschnitt Griechenlands und ein einheitliches Steuersystem innerhalb der EU ein, d.h. ihre Aktivitäten liegen nahe am Parteiprogramm.

Die Frage, inwieweit das Handeln der 17 M5S-Abgeordneten dem Europawahlprogramm der Bewegung entspricht, ist nicht leicht zu beantworten, da die Italiener zur Europawahl nur mit einem A4-Flugblatt und sieben Punkten angetreten sind. Ihre Aktivitäten zielen aber durchaus auf einige

davon. Die Themengebiete „Euro- und Finanzpolitik“ sowie „Außen- und Handelspolitik“ bildeten den Schwerpunkt der Arbeit der M5S-Abgeordneten. Sie widmeten diesen Bereichen jeweils ca. 15% ihrer Aktivitäten. Darunter fallen, wie im Programmflugblatt gefordert, Aktivitäten, die sich gegen das „Diktat“ ausgeglichener Staatshaushalte oder gegen TTIP richteten. Auch dem Themengebiet „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ wandten sich die M5S-Abgeordneten häufiger zu, aber nicht mit derselben Intensität wie die sechs Syriza-Abgeordneten. In beiden linken Parteien bildet die Kategorie „Sonstiges“ das größte Aktivitätsfeld und enthält beispielsweise Wortmeldungen, Anfragen oder Entschließungsanträge zu Menschenrechtsfragen, Gesundheits-, Umwelt- und Verkehrspolitik. Diese Felder decken sich zumindest mit dem Logo von M5S. Frei übersetzt bedeuten die fünf Sterne Umwelt, Wasser, Entwicklung, Konnektivität und Verkehr. Das MoVimento Cinque Stelle hat zwar kein fundiertes Programm, seine Abgeordneten arbeiten dennoch thematisch einschlägig.

Die technokratischen EU-Gegner sind als Gruppe inhaltlich sehr disparat. So haben die „Finnen“ fast wortgleich mit der AfD einen „kontrollierten Austritt“ von krisengeschüttelten Ländern aus der Eurozone und eine Begrenzung des EU-Haushalts gefordert, aber sie bearbeiten das Thema gar nicht. Der Schwerpunkt der Finnen liegt mit 28,6% aller Aktivitäten auf dem Gebiet der Migrations- und Asylpolitik sowie in Grenzkontrollfragen. Die Perus-Abgeordneten sind damit, relativ gesehen, stärker auf den Bereich der Migrationspolitik fokussiert als die rechtsextremen Parteien, auch wenn es sich absolut nur um vier Wortmeldungen handelte. Die beiden „Finnen“ haben zudem ganz unterschiedliche Schwerpunkte. Der eine widmet seine Aktivitäten dem Bereich der Migrationspolitik, der andere verzeichnet dagegen 50% seiner Aktivitäten in der Kategorie „Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Das entspricht jedoch absolut nur zwei Aktivitäten im Plenum und durchschnittlich 14,3% der Aktivitäten der beiden Perus-Abgeordneten zusammen.

Entsprechend ihrem Wahlprogramm sind die „Finnen“, ähnlich wie die AfD, auch eine grundsätzlich wirtschaftsliberale Partei und befürwortet daher zumindest teilweise eine tiefere wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa. Mit 42,9% verzeichnen die Perus-Abgeordneten die meisten Aktivitäten in der Kategorie „Sonstiges“, in der es unter anderem um die Rechte der Kinder geht. Im Vergleich zu den anderen euroskeptischen Parteien beschäftigen sie sich auffallend wenig mit Kategorie „Außen- und interna-

tionale Handelspolitik“. Nur 7,1% der Aktivitäten der beiden Abgeordneten fallen in diese Kategorie. Außenpolitik, wenn man diese von Europapolitik trennt, spielte aber auch im Europawahlprogramm von Perus keine Rolle. Im Unterschied zu den rechtsextremen und rechtspopulistischen Abgeordneten kritisieren sie in dieser Kategorie jedoch nicht die EU für ihre Russlandpolitik, sondern Russland für die Verletzung der Menschenrechte.

Tabelle 4 Inhaltliche Schwerpunkte der Parlamentsaktivitäten*

Kategorie	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	Übereinstimmung
M5S	15	3,5	6,2	1,5	14,4	59,2	einseitig hoch in (1) und (5)
Syriza	11	1,6	10,5	3,6	11	62	programmnahe und ausgeglichen hoch
AfD	32,1	22,4	2,8	1,6	22,4	18,7	programmnahe
Perus	0	7,1	14,3	28,6	7,1	42,9**	nur einseitig hoch in (4), auffallend passiv in (1)
FN	4,1	10,7	3,7	3,2	30,4	47,8	nur punktuell hoch in (2) und (5), auffallend wenig in (4)
PVV	8,1	21	25,6	3,5	31,4	10,5	nur punktuell hoch in (2), (3) und (5), auffallend wenig in (4)
FPÖ	20	13,6	5,7	8,1	32,9	19,7	programmnahe
UKIP	15,2	7,3	5,2	3,6	19,8	48,9	nur einseitig programmnahe in (1) und (5)
Ch.A.	25	7,5	4,6	6,3	34,1	22,7	Einseitig hoch in (1) und (5), auffallend wenig in (4)
Jobbik	6,7	13,3	6,7	13,9	47,8	11***	programmnahe
NPD	6	8,8	0	14,7	56	14,7	programmnahe mit Fokus auf (5): prorussisch und antiamerikanisch

(1) Euro- und Finanzpolitik, (2) Europäische Institutionenordnung, (3) Wirtschafts- und Sozialpolitik, (4) Migration, Asyl, Grenzkontrollen, (5) Außen- und internationale Handelspolitik, (6) Sonstiges.

* In Prozent aller Aktivitäten im Plenum.

** u.a. Rechte von Kindern.

*** u.a. Klima- und Gleichstellungspolitik.

Stärker als bei den „Finnen“ und nah am Europawahlprogramm spielen die Bereiche „Euro- und Finanzpolitik“, „Institutionenordnung der EU“ sowie „Außen- und Handelspolitik“ bei der AfD die Hauptrolle. Als Partei, nicht aber jeder der sieben Abgeordneten gleichermaßen, arbeitet die AfD im EP zentrale Punkte ihres Programms ab. Wer sich von der AfD allerdings Initiativen auf dem Gebiet der Zuwanderungsbegrenzung, der Asylpolitik und in Grenzkontrollfragen erhofft hat, wird enttäuscht. Diesem Bereich widmeten sich die AfD-Abgeordneten kaum. Sie beschäftigen sich mit Wirtschafts- und Finanzpolitik, kritisieren die weitreichenden Kompetenzen der EZB, die Bankenunion oder die Höhe des EU-Haushalts. Auffallend ist bei der AfD eine Arbeitsteilung. Die hohen Aktivitäten im Bereich der Euro- und Finanzpolitik gehen auf das Konto von Bernd Lucke, Bernd Kölmel und Hans-Olaf Henkel, während sich Marcus Pretzell und Beatrix von Storch besonders den Bereichen „Europäische Institutionenordnung“ sowie „Außenpolitik und internationale Handelspolitik“ zuwenden.

Pretzell und von Storch kritisieren besonders häufig die Europäische Kommission, den Parlamentspräsidenten und die angeblichen Kompetenzüberschreitungen der EU im Allgemeinen. Insgesamt verzeichnen die AfD-Abgeordneten durchschnittlich 22,4% der Aktivitäten in dieser Kategorie und liegen damit über allen anderen untersuchten Parteien. Im Gegensatz zu den anderen AfD-Abgeordneten werfen Pretzell und von Storch der Kommission aber nicht nur den Bruch der europäischen Verträge in Bezug auf die Staatsfinanzierung vor, sondern auch „Planwirtschaft“, „sozialistische Zentralisierung“ und ein „Demokratiedefizit“.

In der Einzelbetrachtung fallen bei der AfD innerparteiliche Unstimmigkeiten zwischen einem wirtschaftsliberalen Flügel einerseits und einem nationalkonservativen Flügel andererseits auf. Im Bereich der Außenpolitik und der internationalen Handelspolitik kritisieren beispielsweise Marcus Pretzell und Beatrix von Storch besonders TTIP, die Russlandpolitik der EU und die Assoziierungsabkommen mit Drittstaaten mit dem Ziel der Erweiterung der EU. Die wenigen Aktivitäten im Bereich der Migrations- und Zuwanderungspolitik gehen ebenfalls allein auf das Konto dieser beiden Abgeordneten. Hans-Olaf Henkel hingegen kritisiert Russland für die Verletzung der Menschenrechte und Bernd Lucke lehnt TTIP nicht generell ab. Joachim Starbatty und Henkel sind sogar grundsätzlich für TTIP, Bernd Lucke befürwortet außerdem Assoziierungsabkommen mit Drittstaaten und die Erweiterung des europäischen Binnenmarktes. Die

AfD ist also keineswegs nur gegen EU-Politik, intern aber in wichtigen Fragen uneins. Das legt den Schluss nahe, dass die AfD im EP ähnlich disparat ist, wie die Partei in Deutschland. Die Aktivitäten ihrer MdEP liegen dennoch insgesamt recht nah an zentralen Punkten des Parteiprogramms. Das zeigt auch ein Blick auf ihre Tätigkeit in den Ausschüssen (s. Abschnitt 4.2.3.).

In der Gruppe der Rechtspopulisten gibt es einige Überraschungen. Marine Le Pen wollte „die EU zerstören“, aber am häufigsten beschäftigte sie sich mit Außen- und Handelspolitik. Der europäischen Institutionenordnung widmete sie nur knapp jeden fünften ihrer Beiträge, ihre Partei insgesamt nur jeden 10. Am meisten ist der FN für den Schutz französischer Produkte, gegen TTIP und gegen die Russlandpolitik der EU und damit für Putin, der die Partei bekanntlich finanziell unterstützt (vgl. Spiegel online 2014).

Ihre EU-Aversion bringen hingegen die vier PVV-Abgeordneten deutlicher zum Ausdruck. Insgesamt 21% ihrer Aktivitäten fallen in Kategorie „Europäische Institutionenordnung“. Aktiv gegen die europäische Gemeinschaftswährung und die Institutionen der EU gehen auch die vier Abgeordneten der FPÖ vor. Sie sind zudem auch deutlich aktiver gegen Einwanderung nach Europa und härter in Asyl- und Grenzkontrollfragen als die anderen rechtspopulistischen Parteien.

In den Aktivitäten der UKIP spielen sowohl die europäische Institutionenordnung als auch Fragen der Migration nur eine untergeordnete Rolle. Lediglich 7,3% bzw. 3,6% der Aktivitäten fallen in diese Kategorien. In die Kategorie „Euro- und Finanzpolitik“ fallen immerhin 15,2% der Aktivitäten, jedoch bleibt dieser Wert hinter dem der Außen- und Handelspolitik (19,8%) und Sonstiges (48,9%) zurück. Nigel Farage weicht leicht vom Trend seiner Partei ab. Keine seiner 15 erfassten Tätigkeiten fällt in die Kategorien „Euro- und Finanzpolitik“ oder „Migration und Asyl“, ein Drittel jedoch in Kategorie 2. Der Rest verteilt sich auf die Kategorie 5 und 6.

Insgesamt fällt auf, dass sich die rechtspopulistischen Parteien nur selten mit Migration und Zuwanderung beschäftigen, mit einer Abweichung nach oben, verursacht von der FPÖ. Auch die europäische Institutionenordnung fällt maximal ins Mittelfeld der Aktivitäten (Front National und PVV), sonst aber darunter (FPÖ und UKIP). Im Schnitt fällt nur ca. jede zehnte Aktivität in diesen Themenbereich (UKIP, PVV, FPÖ), bei der PVV

ist es immerhin jede fünfte. Bei den Rechtspopulisten, die zudem sowohl einzeln als auch als Gruppe in den Ausschüssen des EP in allen Belangen unterdurchschnittlich präsent und aktiv sind (vgl. Abschnitt 4.2.3), entsprechen die Parlamentsaktivitäten höchstens punktuell den Schwerpunkten ihrer Wahlprogramme. Das liegt daran, dass keine andere der hier untersuchten Parteien bei den Aktivitäten im Plenum so wenig Wert auf die eigene Programmatik legt wie die beiden größten rechtspopulistischen EU-Gegner, der FN und UKIP.

Die drei rechtsextremen Parteien schöpfen dagegen das von uns gebildete Kategorienschema am meisten aus. Die Kategorie „Sonstiges“ ist bei ihnen am kleinsten. Die Schwerpunkte der Parlamentsaktivitäten variieren auch bei ihnen, dennoch beschäftigen sich auch die Rechtsextremen überwiegend mit außen- und handelspolitischen Themen.

Von Udo Voigts 16 Wortmeldungen im Plenum ist die Kategorie „Außenpolitik und internationale Handelspolitik der EU“ mit neun Wortmeldungen mit Abstand am häufigsten vertreten. Inhaltlich beschäftigt er sich hier v.a. mit dem Ukraine-Konflikt und TTIP – wo er prorussisch und antiamerikanisch auftritt. In drei Wortmeldungen, die in die Kategorie Sonstiges fallen, beschäftigt er sich unter anderem mit Ebola und der seiner Ansicht nach eingeschränkten Meinungsfreiheit in Deutschland. In den zwei Wortmeldungen in der Kategorie „Migrationspolitik“ beschäftigt er sich mit der (Re-)Immigration von IS-Terroristen in die EU. Da er in den Kategorien „Euro- und Finanzpolitik“ sowie „Europäische Institutionenordnung“ jeweils nur einen Redebeitrag verzeichnet, sind diese Themen für ihn scheinbar von geringerer Bedeutung.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich auch bei der Kategorisierung seiner parlamentarischen Anfragen ab. Mit den Themen „Euro- und Europapolitik“ beschäftigt er sich kaum, stattdessen liegt der Fokus auf der internationalen Handelspolitik und der Außenpolitik. Dort kritisiert er die EU für ihr Vorgehen gegen Russland. In einer Anfrage beschäftigt er sich wieder mit der Meinungsfreiheit in Deutschland und in drei Anfragen mit der Migrationspolitik. Sein einziger Entschließungsantrag behandelt die Rechte von den Abgeordneten der Goldenen Morgenröte in Griechenland und wurde daher auch in die Kategorie Sonstiges eingeordnet. Obwohl die Euro- und Europapolitik im Wahlprogramm der NPD ein großes Thema ist, verteilen sich nur 5,9% bzw. 8,8% aller Aktivitäten Udo Voigts auf diese beiden Kategorien. Die vermeintlich geringe Aktivität von Udo Voigt

in der Kategorie „Migrationspolitik“, die bekanntlich für rechtsextreme Parteien einen thematischen Schwerpunkt darstellt, ist jedoch den Abstimmungen im EP geschuldet. Vor dem Hintergrund, dass im Untersuchungszeitraum nur eine Abstimmung dem Thema Migrationspolitik zugeordnet wurde, ist die Aktivität von Udo Voigt in dieser Kategorie sogar noch relativ hoch. Insbesondere die Themen Meinungsfreiheit bzw. Volksverhetzung und das Thema Außenpolitik sind sowohl im Europawahlprogramm der NPD als auch in den Aktivitäten von Udo Voigt Schwerpunkte, so dass zu konstatieren ist, dass Udo Voigt im Rahmen seiner eingeschränkten Möglichkeiten als Fraktionsloser zumindest Teile des NPD-Programms im EP bearbeitet.

Die Jobbik-Abgeordneten verzeichnen mit 47,8% die meisten Aktivitäten in der Kategorie „Außenpolitik und internationale Handelspolitik“. Hinsichtlich der Verteilung auf die Kategorien bestehen aber Unterschiede zwischen den Abgeordneten. Zwei beschäftigen sich zu 54,1% bzw. 48,3% mit diesem Themenkomplex. Bei etwa der Hälfte der Wortmeldungen dieser beiden Abgeordneten geht es primär um Kritik an den USA, insbesondere um Kritik an den Foltermethoden der CIA, um Kritik an TTIP und Kritik gegenüber der Russlandpolitik des Westens bezüglich des Ukraine-Konflikts. Anhand dieser Wortmeldungen wird die politische Nähe von Jobbik zum Kreml besonders deutlich. Berichten zufolge wird der Abgeordnete Béla Kovács verdächtigt, ein russischer Spion im EP zu sein, bewiesen ist dies jedoch nicht (Die Welt 26.09.2014). Der dritte Abgeordnete der Jobbik verzeichnet nur 37,5% seiner Aktivitäten in der Kategorie „Außen- und internationale Handelspolitik“. Sein Schwerpunkt ist die Euro- und Finanzpolitik, wobei er allerdings nicht den Euro angreift, sondern die finanziellen Mittel der EU (von denen auch sein Land profitiert). In der Kategorie „Europäische Institutionenordnung“ kritisieren die Jobbik-Abgeordneten den vermeintlichen Druck der Europäischen Kommission auf ihr Land, sich an demokratische Normen zu halten. Insgesamt agieren die Abgeordneten der Jobbik recht nah an ihren programmatischen Leitlinien.

Bei der Goldenen Morgenröte fallen zwei Schwerpunkte in den Parlamentsaktivitäten auf: „Finanz- und Europapolitik“ sowie „Außen- und internationalen Handelspolitik“. Im Europawahlprogramm der Partei dominierten allerdings die Themen Finanz- und Migrationspolitik. Von der Gesamtzahl der Aktivitäten der Morgenröte-Abgeordneten lassen sich 34,1% zur „Außen- und internationalen Handelspolitik“, knapp 25% in der „Euro-

und Finanzpolitik“, 7,5% der Kategorie „Europäische Institutionenordnung“, 4,6% zur „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ und 22,7% der Kategorie „Sonstiges“ zuordnen. Lediglich 6,3% aller Aktivitäten im Plenum widmen sich dem zweiten Programmschwerpunkt der Partei, der Migrations- und Asylpolitik. Für die Goldene Morgenröte zeigt sich, dass sich die im Parteienprogramm herausgestellten inhaltlichen Schwerpunkte nur zum Teil mit den Schwerpunkten der Arbeit der Europaabgeordneten im Parlament decken. Dem Bereich der Migrationspolitik widmeten sich die Abgeordneten, wie erwähnt, selten. Dagegen stellt die Euro- und Finanzpolitik im Programm und in den Aktivitäten der Abgeordneten einen Schwerpunkt dar. Die Abgeordneten der Goldenen Morgenröte verzeichnen in dieser Kategorie sowohl relativ als auch absolut wesentlich mehr Aktivitäten als die Abgeordneten der NPD und der Jobbik. Sie agieren zudem auffallend kohärent untereinander. Ganz im Gegensatz zu den Jobbik-Abgeordneten unterscheidet sich die Verteilung der Aktivitäten der griechischen Rechtsextremen nicht signifikant voneinander.

4.2.3 Aktivitäten in den Ausschüssen

Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments sind dessen Arbeitsebene. Obwohl das EP kein eigenes Initiativrecht im europäischen Gesetzgebungsverfahren hat, wird hier ein Großteil der legislativen und der weiteren Parlamentsarbeit geleistet. Die Fraktionen benennen nach einem Schlüssel, der sich nach der Größe der Fraktionen richtet, Berichterstatter, die einen Gesetzentwurf im entsprechenden Ausschuss federführend bearbeiten und erst dem Ausschuss, dann dem Plenum eine Entscheidungsvorlage vorlegen (Große Hüttmann und Wehling 2013). Unbenommen von der Berufung als Berichterstatter können sich die Abgeordneten in den Ausschüssen jederzeit zu Wort melden und auch sogenannte „Schattenberichte“ verfassen, in denen sie ihre Positionen zum jeweiligen Thema einbringen.

Von den möglichen Aktivitätsformen in den Ausschüssen betrachten wir hier (a) die Anwesenheitsquote der EU-Gegner und -kritiker in den Ausschüssen, in denen sie Vollmitglied sind, (b) die Anzahl der verfassten Berichte und die der Schattenberichte sowie (c) weitere Stellungnahmen zu legislativen Verfahren, jeweils geordnet nach Gruppen und Parteien. Da es im Rahmen dieser Studie nicht zu leisten war, die Ausschussaktivitäten aller 751 Europaabgeordneter zu untersuchen, bilden alle untersuchten EU-Gegner und -kritiker die Kontrollgruppe.

Tabelle 5 Ausschussaktivitäten

Partei/ Gruppe	Anwesen- heit (in %)	Ab- weichung (in %)	(Schatten) Berichte	Ab- weichung	Stellung- nahmen	Ab- weichung
Ø Linke EU- Kritiker (N = 23 MdEP)	72,7	+10,5	0	-0,07	1,21	+0,78
Syriza (6)	65,8	+3,6	0	-0,07	1,86	+1,43
M5S (17)	76,4	+14,2	0	-0,07	0,94	+0,51
Ø Techno- kraten (N = 9)	71,4	+9,2	0,67	+0,6	1	+0,57
AfD (7)	68,6	+6,4	0,29	+0,22	1,29	+0,86
Perus (2)	81	+18,8	2	+1,93	0	-0,43
Ø Rechts- populisten (N = 55)	55,3	-6,9	0,02	0,05	0,05	-0,38
FN (23)	60,5	-1,7	0,04	-0,03	0,13	
PVV (4)	54,6	-7,6	0	-0,07	0	-0,43
FPÖ (4)	59,6	-2,6	0	-0,07	0	-0,43
UKIP (24)	46,6	-15,6	0	-0,07	0	-0,43
Ø Rechts- extreme (N = 7)	68	+5,8	0	-0,07	0	-0,43
Ch.A. (3)	75	+12,8	0	-0,07	0	-0,43
Jobbik (3)	75	+12,8	0	-0,07	0	-0,43
NPD (1)	100	+37,8	0	-0,07	0	-0,43

Die durchschnittliche Anwesenheitsquote der untersuchten MdEP in ihren Ausschüssen betrug im Untersuchungszeitraum 62,2%. Der Schnitt an (Schatten)Berichten der Kontrollgruppe beträgt 0,07, weil nur vier der 94 untersuchten Abgeordneten der Kontrollgruppe Schattenberichte verfasst haben: AfD (1), Perus (2) und FN (1). Ähnlich gering ist die durchschnittliche Zahl der Stellungnahmen in der Kontrollgruppe. Aufgrund der hohen allgemeinen Passivität der 94 untersuchten Abgeordneten in diesem Punkt beträgt die durchschnittliche Zahl der Stellungnahmen 0,43.

Wie schon bei der Analyse der Anwesenheitsquoten im Plenum zeigt sich auch bei der Anwesenheit in den Ausschüssen die höchste Anwesenheitsquote für die linken EU-Kritiker. Sie liegen 10,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller EU-Gegner und -kritiker. In puncto Ausschussanwesenheit folgen die technokratische EU-Gegner und die Rechtsextremen. Die Gruppe der Rechtspopulisten hat im Schnitt eine unterdurchschnittliche

Anwesenheitsquote in den Ausschüssen des Parlaments von gut 55%, die UKIP-Abgeordneten haben dabei jedoch im Schnitt nicht einmal an der Hälfte der Ausschusssitzungen teilgenommen. Ihr Frontmann Nigel Farage verleiht seiner Abneigung gegenüber der EU und dem EP zudem zusätzlichen Ausdruck, dass er in keinem Ausschuss des Parlaments mitarbeitet. Insgesamt scheint die Arbeitsebene des Parlaments UKIP zu wenig Öffentlichkeit zu bieten (obwohl jede Ausschusssitzung aufgezeichnet wird und über die entsprechenden Internetseiten des EP abgerufen werden kann) und für ihre Zwecke zu aufwendig zu sein, weshalb sich ihre Abgeordneten hier auffallend zurückhalten.

Anders verhält es sich mit der AfD und den „Finnen“. Ihrer unterdurchschnittlichen Aktivität im Plenum steht eine vergleichsweise hohe Anwesenheit in den Ausschüssen gegenüber. Im Schnitt liegt die Ausschussanwesenheit der technokratischen EU-Gegner mit 71,4% deutlich über dem Durchschnitt aller EU-Kritiker bzw. -gegner. Spitzenreiterin in dieser Gruppe ist die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch, die an allen Sitzungen des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) teilgenommen hat, gefolgt von Bernd Lucke, der an 95% der Sitzungen des ECON-Ausschusses, der sich primär mit Währungspolitik beschäftigt, teilnahm. Lucke hat zu Beginn der Legislaturperiode gar für den Posten des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden kandidiert, wurde aber von den anderen Ausschussmitgliedern nicht gewählt. Er hatte sich ihnen als Abgeordneter vorgestellt, der sein Mandat nutzen möchte, um die europäische Gemeinschaftswährung abzuschaffen. Hans-Olaf Henkel hat den begehrten Posten im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) jedoch erhalten.

Auffallend ist zudem bei den technokratischen EU-Gegnern, dass „die Finnen“ im Schnitt häufiger an den Ausschusssitzungen teilgenommen haben als die AfD-Abgeordneten und dass sich für die Abgeordneten der Perus die höchste Aktivitätsquote der EU-Gegner in den Ausschüssen verzeichnen lässt. Sie haben im Schnitt zwei Schattenberichte pro Abgeordneten für die EKR-Fraktion verfasst, womit „die Finnen“ in dieser Kategorie Spitzenreiter und für den überdurchschnittlichen Wert ihrer Gruppe hauptverantwortlich sind.

Abgesehen von den Finnen und der AfD werden die übrigen EU-Gegner nicht mit Berichten betraut oder bieten sich nicht dafür an. Das ist zum einen eine Einstellungsfrage (UKIP) oder hat damit zu tun, dass die

EU-Gegner überwiegend fraktionslos und damit nur marginal in die Arbeit der Ausschüsse eingebunden sind. Der NPD-Abgeordnete Udo Voigt beispielsweise hat an jeder Sitzung des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) teilgenommen, wurde aber in keiner der untersuchten Kategorien aktiv. Das gilt in ähnlicher Weise, nur bei geringerer Anwesenheit, für die Abgeordneten der Goldenen Morgenröte, Jobbik und die Rechtspopulisten.

Ausschüsse sind primär ein konstruktives Arbeitsgremium des EP und etwas für „Mitmacher“, nicht für „Verweigerer“. Diese nutzen eher die „Bühne“ des Plenums, nicht den Maschinenraum eines Ausschusses, was die Unterschiede in der Anzahl und in der Art der Aktivitäten bei den Rechtsextremen und Rechtspopulisten erklären kann. Auffällig und (schein)aktiv im Plenarsaal, anwesend (auch für die Ausschusssitzungen gibt es Tagelohn), aber passiv in den Sitzungssälen der Ausschüsse. Bemerkenswert ist, dass es sich bei AfD und „den Finnen“ genau andersherum verhält, was einerseits mit der Einbindung in die EKR-Fraktion, andererseits aber auch mit einem hohen persönlichen Einsatz des/der einen oder anderen Abgeordneten zu tun haben dürfte.

4.2.4 Abstimmungsverhalten⁴

Bei den untersuchten Abgeordneten, egal, ob sie dem rechten, technokratischen oder dem linken Lager zuzuordnen sind, wäre zu erwarten, dass sie den Institutionen der EU – einschließlich des Parlaments –, skeptisch bis feindlich gegenüberstehen. Folglich wäre auch zu erwarten, dass ihr Stimmverhalten überwiegend von Ablehnung gekennzeichnet ist, und zwar relativ unabhängig von den Gegenständen, die zur Abstimmung stehen. Ob das tatsächliche Verhalten im Parlament dieser Erwartung entspricht, wird im ersten Teil dieses Abschnitts untersucht.

Die oben vorgenommene Einteilung der untersuchten Parteien in linke EU-Kritiker, technokratische, rechtspopulistische und rechtsextreme EU-Gegner wurde gewissermaßen a priori auf der Grundlage der vorhandenen Forschungsliteratur zu diesen Parteien sowie ihren Programmschwerpunkten vorgenommen. Die interessante Frage ist jetzt, ob das tatsächliche Stimmverhalten der untersuchten Abgeordneten dieser Einteilung entspricht. Mit anderen Worten: Ähnelt sich das Stimmverhalten der AfD und das der Finnen? Stimmen die NPD und die Goldene Morgenröte als rechtsextreme Parteien in ähnlicher Weise ab oder erge-

ben sich andere als die nach der Gruppierung der Parteien zu erwartenden „Abstimmungscoalitionen“? Zudem ist es interessant zu sehen, ob sich linke und rechte EU-Gegner bzw. -kritiker, obwohl sie von ganz unterschiedlichen Richtungen kommen, in ihrem Abstimmungsverhalten ähneln, ganz im Sinne des viel zitierten „les extrêmes se touchent“ (Backes 2006: 94). Auf diese Fragen gibt die nachfolgende Analyse durchaus überraschende Antworten.

4.2.4.1 EU-Gegner als Nein-Sager?

Voraussetzung für ein bestimmtes Abstimmungsverhalten ist, dass Abgeordnete überhaupt an den Abstimmungen teilnehmen. Wie aus Tabelle 6 ersichtlich wird, nahmen über 92 Prozent der Abgeordneten von EU-gegnerischen und -kritischen Parteien im Untersuchungszeitraum an den Abstimmungen teil. Das ist erstaunlich hoch und spricht gegen ein generelles Desinteresse der betreffenden MdEP an Belangen des EP oder der gesamten EU. Auffallend ist allerdings erneut die UKIP. Ihre Abgeordneten nahmen nur an knapp 81 Prozent der Abstimmungen teil. Das wiederum ist zunächst keine große Überraschung, da das primäre Ziel der Partei darin besteht, ihr Land aus der EU herauszulösen. Andererseits ist diese Beteiligungsquote für eine Partei, die den europäischen Parlamentsbetrieb im Grunde für überflüssig hält und immer wieder versucht, ihn zu diskreditieren, fast schon wieder viel. Unterdurchschnittliche Teilnahmewerte haben ansonsten nur die ungarische Jobbik und die griechische Syriza, was im letzteren Fall damit zu tun haben könnte, dass sich deren Abgeordnete angesichts der Krise ihres Landes derzeit nicht für alle europäischen Themen gleichermaßen interessieren.

Die Beteiligung an Abstimmungen ist freilich – wie bereits die Anwesenheit im Plenum – nur ein Indikator für das Interesse der Abgeordneten an den Vorgängen im EP. Immerhin ist die Auszahlung der Tagegelder an Sitzungstagen mit Abstimmungen an die Teilnahme an mindestens der Hälfte der Abstimmungen gebunden. Lediglich deutliche Abweichungen wie im Falle der UKIP deuten auf ein geringeres allgemeines Interesse am Wirken des EP hin. Für die Mehrzahl der EU-Gegner und -kritiker kann ein generelles Desinteresse, wie schon bei den Anwesenheitsdaten, jedoch nicht konstatiert werden.

Tabelle 6 Abstimmungsverhalten

Partei	Teilnahme an Abstimmungen*	Pro**	Contra	Enthaltungen
Syriza	89,0	59,5	22	18,5
M5S	93,3	72,0	17,3	10,7
AfD	93,4	52,4	43,5	4,2
Perus	95,8	56	40,5	3,6
FN	91,3	34,5	50,6	14,9
PVV	92,0	11,9	85,7	2,4
FPÖ	94,1	54,8	26,8	18,5
UKIP	80,8	8,3	72,6	19,1
Ch.A.	99,0	35,7	63,1	1,2
Jobbik	86,1	56,0	28,6	15,5
NPD	99,4	53,9	32,3	13,8
Gesamtdurchschnitt der untersuchten Abgeordneten	92,2	45	43,9	11,1

Legende: Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Daten zu den Letztabstimmungen im EP von VoteWatch und den Internetseiten des EP. Die zu einem Vorgang gehörenden Abstimmungen über Änderungsanträge wurden nicht berücksichtigt.
 * Diese Spalte gibt die durchschnittliche Häufigkeit (in %) der Abstimmungsteilnahme der Abgeordneten einer Partei wieder.
 ** Alle weiteren Zahlen beziehen sich auf das mehrheitliche Stimmverhalten der Parteien, d.h. wenn die Mehrheit Pro gestimmt hat, wurde das als Pro gewertet, ungeachtet der Abweichler oder Nichtanwesenden.

Die übrigen Spalten aus Tabelle 6 warten jedoch mit einigen Überraschungen auf. Nur bei einer relativ kleinen Gruppe von Parteien, nämlich der UKIP, dem Front National, der niederländischen PVV und der Goldenen Morgenröte, bestätigt sich die Erwartung, dass sich die EU-Gegner bei Abstimmungen überwiegend ablehnend verhalten. Insbesondere die UKIP sticht mit ihrer extrem geringen Zustimmungsrate von gut 8 Prozent hervor. Das passt ins eher passive und destruktive Gesamtbild der Partei im EP. Die wenigen zustimmenden Voten der UKIP fallen fast vollständig in die Kategorie 5 (Außen- und Handelspolitik) und man tut der Partei sicher kein Unrecht, wenn man daraus schließt, dass in diesen

Fällen im nationalen Interesse Großbritanniens abgestimmt wurde. Ansonsten nimmt die Partei ihre Mandate im EP kaum an oder wahr. Ihre Interessen richten sich primär auf die Wirkung im eigenen Land (vgl. Grabow, Lange u.a. 2015). Die PVV hat sogar noch höhere Ablehnungswerte, aber weniger Enthaltungen, so dass mit knapp 12 Prozent die Zustimmungsraten etwas höher ist als bei der UKIP.

Bis hierhin finden sich innerhalb der Gruppe der Rechtspopulisten insofern noch große Ähnlichkeiten, zumal auch die PVV die meisten ihrer insgesamt 20 Zustimmungen (bei 168 Letztabstimmungen) in der Kategorie 5 abgegeben hat, was auf eine gewisse liberale Freihandelsbefürwortung schließen lässt. Damit enden die Gemeinsamkeiten unter den rechtspopulistischen Parteien jedoch schon. Die Zustimmungsraten des Front National liegt mit 34,5 Prozent mehr als viermal höher als die von UKIP. Im Falle der FPÖ kommen wir mit fast 55 Prozent Zustimmung zu den Beschlüssen des EP schon in ganz andere Regionen, die ungefähr dem Wert entspricht, den die konservative EKR-Fraktion aufweist (55,4 Prozent). Bemerkenswert ist, dass der Front National ausgerechnet in der Kategorie 1 (Euro- und Finanzpolitik) mit 19 Zustimmungen und 10 Ablehnungen und sechs Enthaltungen keineswegs nur ein „Nein-Sager“ ist. Allerdings überwiegen in allen anderen Kategorien, insbesondere in der europäischen Institutionenordnung, bei denen der FN in sechs von sieben Abstimmungen ablehnend gestimmt hat, die Kontra-Stimmen. In keiner einzigen Kategorie jedoch stimmen die Abgeordneten der Partei gegen alle Vorlagen.

Bei der FPÖ, deren Zustimmungsraten noch einmal um 20 Prozentpunkte höher als die des FN ist, übertreffen in allen Kategorien – außer der zweiten (Institutionenordnung) – die Zustimmungen die Ablehnungen. Das mag zu einem gewissen Teil damit zu tun haben, dass in der Kategorie der Migration und Zuwanderung nur eine einzige Abstimmung eingeordnet werden konnte. Aber selbst bei dieser einen Abstimmung hat sich die FPÖ enthalten und nicht mit Nein gestimmt – anders als der FN und die PVV. Das ist umso erstaunlicher, weil das Thema Migration in den Wahlkämpfen der FPÖ wie auch bei den anderen populistischen Parteien stets eine große Rolle spielte (Oppelland 2015: 130).

Die rechten EU-Gegner zeigten in ihren Programmen und Aktivitäten im EP immer wieder Sympathien für die russische Außenpolitik und den russischen Präsidenten. Aber auch in diesen Fragen gibt die Analyse des Abstimmungsverhaltens kein einheitliches Bild: Sogar bei einer Resolution

hinsichtlich einer Verurteilung des Mordes an dem russischen Oppositionspolitiker Boris Nemzow und der Forderung einer unabhängigen Untersuchung, über die am 12. März 2015 abgestimmt wurde,⁵ stimmten die Abgeordneten der FPÖ und des PVV – trotz deren sonst hoher Ablehnungsquote – geschlossen zu, während alle anwesenden Abgeordneten des Front National, deren positive Einstellung zu Putin ebenso öffentlich bekannt ist wie die Finanzierung der Partei durch russische Gelder, dagegen stimmten. Auch die meisten UKIP-Abgeordneten stimmten der Resolution zu. Von einem geschlossenen Auftreten der rechtspopulistischen Parteien im EP kann insofern keine Rede sein.

War bereits das Stimmverhalten der rechtspopulistischen Parteien überraschend, so ist dasjenige der Rechtsextremisten geradezu erstaunlich. Auch hier finden wir – freilich ausschließlich in Bezug auf das Stimmverhalten – eine ähnliche Zerteilung wie bei den Rechtspopulisten. Während die Goldene Morgenröte den Erwartungen an EU-Gegner hinsichtlich ihres Stimmverhaltens weitgehend entspricht, da bei knapp zwei Dritteln der Abstimmungen über alle Kategorien hinweg entweder negativ votiert oder eine Enthaltung abgegeben wurde, ist das bei den beiden anderen rechtsextremen Parteien, der NPD und Jobbik, nicht der Fall. Die NPD mit fast 54 Prozent und Jobbik sogar mit knapp 56 Prozent haben hohe Zustimmungsraten, die wiederum in etwa dem Wert der EKR-Fraktion entspricht (zum Vergleich: die Zustimmungsraten der pro-europäischen Fraktionen liegen zwischen 81 und 86 Prozent). Bei beiden rechtsextremen EU-Gegnern überwiegen lediglich in der Kategorie 2 (europäische Institutionenordnung) die Nein-Voten.

Die NPD im EP besteht bekanntlich nur aus einem Abgeordneten, Udo Voigt, und die Jobbik-Delegation aus drei Abgeordneten. Alle vier sind fraktionslos und unterliegen insofern keinerlei Zwängen zur Rücksichtnahme auf eine Fraktionsmehrheit, wobei die Anforderungen an die Fraktionsdisziplin im EP ohnehin etwas geringer sind als in nationalen Parlamenten, wie insbesondere im Falle der EFDD noch beschrieben wird. Angesichts des sonstigen Verhaltens der vier Abgeordneten ist es kaum wahrscheinlich, dass sie ausgerechnet durch ihr Stimmverhalten innerhalb des Parlamentes an Anerkennung gewinnen wollen. Das können also keine Ursachen für die bemerkenswert hohen Zustimmungsraten von NPD und Jobbik sein, an deren rechtsextremer Ideologie kein ernsthafter Zweifel bestehen kann. An dieser Stelle müssen wir schlicht konstatieren, dass die Erklärungskraft der von uns erhobenen quantitativen Daten an

ihre Grenzen gerät. Die Frage, warum diese rechtsextremen Abgeordneten so vergleichsweise häufig den Beschlüssen des EP zustimmen, kann auf der Grundlage der Daten nicht beantwortet werden. Hier wären weitere auf diese Parteien (einschließlich der FPÖ, die, wie oben beschrieben, in der Gruppe der Rechtspopulisten ebenfalls eine unerwartet hohe Zustimmungsrates aufweist) konzentrierte, detaillierte Forschungen erforderlich.

Dagegen widerspricht es den Erwartungen an das Abstimmungsverhalten nicht, dass AfD und „Finnen“ ähnlich hohe Zustimmungsrates von deutlich über 50 Prozent haben wie die eben genannten Parteien. Immerhin gehören beide der EKR-Fraktion an und liegen nahe bei deren Durchschnitt. Für die technokratischen EU-Gegner – und das heißt Gegner spezifischer Aspekte der EU-Integration bzw. der EU-Politik – ist es naheliegend, dass sich die ablehnenden Voten in einigen wenigen Bereichen konzentrieren. So haben sowohl AfD als auch Finnen in der Kategorie 1 (Euro- und Finanzpolitik) bei der weit überwiegenden Mehrheit der Abstimmungen mit Nein gestimmt (AfD 32 mal „Nein“ und dreimal „Ja“, bei Perus 28 mal „Nein“, sechs Mal „Ja“ und eine Enthaltung). Ähnliches gilt, wenn auch nicht ganz so deutlich für die Kategorie 2, also bei Abstimmungen, die sich der europäischen Institutionenordnung zuordnen lassen (beide sieben Male „Nein“ und einmal „Ja“). In allen übrigen Kategorien überwiegen die Ja-Stimmen.

Eine Besonderheit im Abstimmungsverhalten der AfD ist, dass diese mit ihrer Ablehnungsrate von immerhin 43,5 Prozent auch gelegentlich gegen die EKR-Fraktion stimmt. Im Schnitt stimmten die AfD-Abgeordneten nur bei 88,4% aller Abstimmungen mit ihrer Fraktion. Ein Beispiel hierfür ist die Abstimmung vom 16. Oktober 2014 über die Euro-Einführung in Litauen, der die Mehrheit der EKR-Fraktion zugestimmt hat, die von den AfD-Abgeordneten aber fast geschlossen abgelehnt wurde, was freilich der Stellung der Partei zum Euro entspricht. Wie schon bei den inhaltlichen Schwerpunkten ist auch beim Abstimmungsverhalten in der EP-Delegation der AfD eine gewisse Lagerbildung erkennbar. Bei Bernd Lucke liegt die Übereinstimmung mit der EKR-Fraktion bei 94,3 Prozent, bei Beatrix von Storch beträgt diese aber nur 79,5 Prozent. Letztere stimmte darüber hinaus auch in nur 85,9 Prozent der Fälle mit der Mehrheit ihrer AfD-Kollegen.

War bei der AfD das Ausmaß der Nicht-Übereinstimmung mit der Fraktion schon nennenswert, so ist es beim italienischen M5S geradezu astronomisch: Nicht einmal bei der Hälfte aller Abstimmungen votieren die italienischen Abgeordneten mit der Mehrheit ihrer Fraktion. Tatsächlich schwanken die Werte der einzelnen Abgeordneten zwischen 38 und 41 Prozent. Das ist allerdings kein Wunder, wie schon ein Blick in die Tabelle 6 zeigt, denn während die UKIP mit 8 Prozent die geringste Zustimmungsrates aller hier untersuchten Parteien aufweist, stimmen die M5S-Abgeordneten im Durchschnitt bei 72 Prozent aller Letztabstimmungen mit Ja und erreichen damit den Spitzenwert aller untersuchten Parteien. Hier zeigt sich erneut ganz deutlich, dass die EFDD-Fraktion ein Kunstgebilde ist, das letztlich nur dazu dient, die fraktionelle Infrastruktur nutzen zu können. Außer dem im Namen der Fraktion genannten Bezug zur direkten Demokratie haben UKIP und M5S kaum etwas gemeinsam. Die M5S-Zustimmungsrates von 72 Prozent zeigt freilich auch, dass die Bewegung bei aller Kritik am Zustand, an der Konstruktion und an vielen Politikbereichen der EU alles andere als ein Nein-Sager ist. Die Partei bringt sich nicht nur aktiv in die Willensbildung des Parlaments ein, sie ist auch in ihrem Abstimmungsverhalten keineswegs destruktiv. Die EU-kritische Haltung der Partei spiegelt sich im Abstimmungsverhalten ausschließlich in der Kategorie 2 (europäische Institutionenordnung) wider. Einzig in dieser Kategorie überwiegen die Ablehnungen die Zustimmungen (mit 5 zu 3).

Bei der zweiten linken EU-kritischen Partei, der Syriza, sind die Ergebnisse ähnlich wie beim M5S, aber keineswegs gleich. Die Abgeordneten von Syriza nehmen im Durchschnitt etwas weniger an Abstimmungen teil als diejenigen von M5S, aber sie stimmen auch weniger zu, was auf die geringe Beteiligungsquote zweier Abgeordneter zurückzuführen ist. Mit knapp 60 Prozent liegt die Zustimmungsrates deutlich unter der von M5S, auch wenn das in erster Linie auf wesentlich größere Zahl von Enthaltungen zurückzuführen ist. Im Vergleich zu den meisten rechten EU-Gegnern ist das jedoch immer noch ein hohes Maß an Zustimmung, so dass es kaum gerechtfertigt ist, Syriza als einen Nein-Sager zu bezeichnen. Auch bei Syriza überwiegen bei einer insgesamt etwas höheren Zahl an Gegenstimmen und Enthaltungen in allen Kategorien die zustimmenden Voten, selbst dort, wo es um den Euro und die Finanzpolitik geht. Die einzige Ausnahme ist – interessanterweise wie schon bei den meisten rechten EU-Gegnern – die Kategorie der europäischen Institutionenordnung. Der wohl größte Unterschied zwischen den beiden

linkskritischen Parteien ist der Grad der Einbindung in die jeweilige Fraktion. Während M5S, wie erwähnt, nur bei ca. 40 Prozent der Abstimmungen der Fraktionslinie von EFDD folgt (falls man bei dieser Fraktion überhaupt von so etwas wie einer gemeinsamen Fraktionslinie sprechen kann), liegt die Quote der Fraktionsdisziplin bei fast allen Syriza-Abgeordneten deutlich über 90 Prozent. Insofern kann man konstatieren, dass die sieben Syriza-Abgeordneten fest in die GUE/NGL-Fraktion eingebunden sind.

Das Europäische Parlament ist kein Parlament wie jedes andere, sondern, wie die EU insgesamt, eine Institution sui generis. Insbesondere fehlt das Gegeneinander von Regierungs- und Oppositionsfraktionen als strukturierendes und disziplinierendes Element, auch wenn das neue Wahlverfahren für den Kommissionspräsidenten mit der Aufstellung von Spitzenkandidaten der EU-Parteien mittelfristig zu einer tendenziellen Angleichung des EP an nationale Parlamente führen kann (Oppelland 2009: 91ff.). So, wie es derzeit ist, werden die meisten Beschlüsse des EP noch immer von einer sehr breiten Mehrheit gefasst, die von den Grünen über die Sozialdemokraten und Liberalen bis zur EVP reicht, was sich in Zustimmungsraten von über 80 Prozent bei diesen Fraktionen ausdrückt. Von den hier untersuchten Parteien liegt das MoVimento Cinque Stelle nur knapp unter solchen Zustimmungsraten, Syriza, die technokratischen und einige der rechten EU-Gegner liegen etwas weiter dahinter mit ähnlichen Quoten wie die linke GUE/NGL- und die konservative EKR-Fraktion. Nur relativ wenige Parteien der rechten EU-Gegner kann man tatsächlich als generelle „Nein-Sager“ bezeichnen: die Goldene Morgenröte, die PVV, UKIP und mit gewissen Einschränkungen den Front National. Dass bei allen vorhandenen Unterschieden dennoch alle hier untersuchten Parteien als EU-Gegner bezeichnet werden können, geht einerseits natürlich aus den jeweiligen Parteiprogrammen hervor, andererseits aus ihrem Abstimmungsverhalten bei zwei Schlüsselvoten dieser noch jungen Wahlperiode: Sie haben alle bei der Entscheidung über den EU-Haushalt entweder mit Nein gestimmt oder sich enthalten, und sie haben alle bei der Wahl der Juncker-Kommission mit Nein gestimmt.

Es bleibt abschließend die Frage zu klären, ob die EU-gegnerischen und -kritischen Parteien entweder generell oder auf bestimmten Themengebieten so etwas wie Abstimmungscoalitionen bilden. Diese Frage wird im folgenden Abschnitt im Mittelpunkt stehen.

4.2.4.2 Übereinstimmungen im Abstimmungsverhalten von EU-Gegnern

Der Vergleich des Stimmverhaltens im Hinblick auf Zustimmung und Ablehnung der Vorlagen zeigte bereits, dass sich innerhalb der von uns vorgenommenen Einteilung der EU-Gegner Unterschiede wahrnehmen ließen. Hier gilt es nun zu prüfen, wie groß die Übereinstimmungen innerhalb dieser Gruppen sind.

Untersucht man alle Letztabstimmungen im Hinblick auf die Übereinstimmung der Parteien in ihrem Verhalten, so bestätigt sich das Bild, das im letzten Abschnitt gewonnen wurde, in großen Zügen. Die Zweiteilung des rechtspopulistischen Lagers etwa kann auch hier nachgewiesen werden. So beträgt der Grad an übereinstimmendem Abstimmungsverhalten zwischen der UKIP, die den höchsten Anteil an Ablehnungen hatte, und der PVV mit dem zweithöchsten Anteil immerhin 76,2 Prozent. Dagegen ist die Übereinstimmung mit dem Front National deutlich geringer (50,6 Prozent) und mit der FPÖ liegt sie sogar nur noch bei knapp 37 Prozent. Letzteres ist ein Wert, der die Übereinstimmung zwischen UKIP und der Fraktion ihrer heimischen Konkurrenz, der britischen Konservativen, also die EKR-Fraktion, kaum noch übertrifft (36,3 Prozent). Die Tatsache, dass die FPÖ und die PVV mit der NPD bzw. der griechischen Morgenröte einen relativ hohen Grad an Übereinstimmung im Abstimmungsverhalten erreichen (70,8 und 60,1 Prozent), sollte man nicht überbewerten, da, wie oben gesehen, der NPD-Abgeordnete Udo Voigt wie auch die FPÖ eine erstaunlich hohe Zustimmungsraten hat. Das gemeinsame Abstimmen von PVV und Morgenröte ist offensichtlich eine Folge ihrer hohen Ablehnungsraten.

Auch bei den rechtsextremen EU-Gegnern bestätigt sich das bereits gewonnene Bild: Die Übereinstimmung zwischen der Morgenröte und NPD liegt bei etwas über 57 Prozent und zwischen Morgenröte und Jobbik bei 54,2 Prozent. Udo Voigt stimmte in gut 60 Prozent aller Fälle wie Jobbik und in 56,5 der Fälle wie die Morgenröte ab. Das sind Werte, die durchaus ein gewisses Maß an Übereinstimmung ausdrücken, aber sie liegen nicht signifikant über der Übereinstimmung mit Parteien aus anderen Lagern; selbst mit EU-freundlichen Fraktionen hatte der NPD-Abgeordnete Voigt höhere Übereinstimmungsraten als mit den anderen rechtsextremen Parteien. Auch das ist angesichts der der erstaunlich hohen Zustimmungsraten von Voigt nicht mehr ganz überraschend. Wenn er in 50 Prozent der Entscheidungen genauso wie die grüne Fraktion abstimmt, so lässt sich daraus gewiss keine ideologische Übereinstimmung konstruieren.

Tabelle 7 Übereinstimmungen für alle Letztabstimmungen (in Prozent)

Partei	Syriza	M5S	Ch.A.	Job- bik	NPD	FN	PVV	FPÖ	UKIP	AfD	Perus
Syriza	-	0,690	0,423	0,571	0,554	0,429	0,280	0,560	0,238	0,393	0,375
M5S	0,690	-	0,476	0,601	0,595	0,440	0,262	0,589	0,208	0,518	0,488
Ch.A.	0,423	0,476	-	0,542	0,571	0,548	0,601	0,488	0,536	0,512	0,458
Jobbik	0,571	0,601	0,542	-	0,601	0,411	0,345	0,542	0,345	0,500	0,452
NPD	0,554	0,595	0,571	0,601	-	0,613	0,393	0,708	0,351	0,446	0,423
FN	0,429	0,440	0,548	0,411	0,613	-	0,565	0,625	0,506	0,310	0,292
PVV	0,280	0,262	0,601	0,345	0,393	0,565	-	0,357	0,762	0,458	0,429
FPÖ	0,560	0,589	0,488	0,542	0,708	0,625	0,357	-	0,369	0,458	0,452
UKIP	0,238	0,208	0,536	0,345	0,351	0,506	0,762	0,369	-	0,417	0,381
AfD	0,393	0,518	0,512	0,500	0,446	0,310	0,458	0,458	0,417	-	0,911
Perus	0,375	0,488	0,458	0,452	0,423	0,292	0,429	0,452	0,381	0,911	-
GUE- NGL	0,935	0,696	0,452	0,595	0,589	0,452	0,298	0,589	0,250	0,417	0,387
Grüne/ EFA	0,625	0,732	0,381	0,530	0,506	0,381	0,220	0,524	0,143	0,488	0,530
S&D	0,548	0,661	0,333	0,494	0,470	0,327	0,173	0,500	0,095	0,607	0,649
ALDE	0,536	0,655	0,339	0,488	0,464	0,321	0,179	0,494	0,101	0,601	0,649
EVP	0,488	0,613	0,333	0,458	0,470	0,345	0,208	0,488	0,107	0,619	0,685
ECR	0,363	0,452	0,440	0,452	0,405	0,268	0,423	0,429	0,363	0,905	0,958

Legende:

Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Daten (zu den Letztabstimmungen, d.h. es wurden nicht die zu einem Vorgang gehörenden Abstimmungen über Änderungsanträge berücksichtigt) von votewatch.eu und den Internetseiten des EP. Alle Zahlen beziehen sich auf das mehrheitliche Stimmverhalten der Parteien, d.h. wenn die Mehrheit der einen und der Vergleichspartei Pro bzw. Kontra gestimmt hat, wurde das als Übereinstimmung gewertet, ungeachtet der Abweichler oder Nichtanwesenden.

Fettgedruckt und *kursiv*: Übereinstimmung über 75 Prozent.

Grau unterlegt: Vergleichswerte der Fraktionen, die nicht Teil dieser Untersuchung waren.

Dagegen haben die von uns als technokratische EU-Gegner bezeichneten Parteien AfD und Perus, die beide der EKR-Fraktion angehören und ein relativ hohes Maß an Fraktionsdisziplin aufbringen, mit 91,1 Prozent ein hohes Maß an Übereinstimmung. Hier ist sehr viel mehr Kohärenz zu konstatieren als bei den Rechtspopulisten. Mit den anderen EU-Gegnern rechts der Mitte stimmen beide Parteien auch zusammen ab, aber die Werte übersteigen nicht diejenigen der Übereinstimmung mit EU-freundlichen Parteien. So hat die AfD etwa mit UKIP eine Übereinstimmung von knapp 42 Prozent, mit der FPÖ und der PVV knapp 46 Prozent, mit dem Front National 31 Prozent und mit den rechtsextremen EU-Gegnern zwischen 44 und 51 Prozent. Bei den Finnen sind die Werte ähnlich. Mit Sozialdemokraten, Liberalen und EVP erreicht die AfD jedoch eine Übereinstimmung von deutlich über 60 Prozent. Damit die Übereinstimmungswerte von AfD und NPD nicht falsch interpretiert werden, ist hinzuzufügen, dass auch Sozialdemokraten, Liberale und EVP in etwa 47 Prozent aller Letztabstimmungen genauso wie die NPD votieren – was angesichts der oben beschriebenen, erstaunlich hohen Zustimmungswerte von Udo Voigt zumindest statistisch kaum verwundert.

M5S und Syriza weisen eine Übereinstimmung im Stimmverhalten von knapp 70 Prozent auf. Das ist zwar vergleichsweise hoch, aber für beide Parteien nicht der höchste Wert. M5S stimmt in gut 73 Prozent aller Abstimmungen genau wie die grüne Fraktion ab und Syriza hat – wenig überraschend – mit der eigenen Fraktion eine Übereinstimmung von 93,5 Prozent. Es ist faktisch unvermeidbar, dass beide Parteien auch Übereinstimmungen mit rechten EU-Gegnern aufweisen, doch liegen diese größtenteils deutlich unter den Übereinstimmungswerten mit den pro-europäischen Fraktionen. Insofern scheint die Analyse des Abstimmungsverhaltens die These von einer Nähe der EU-Gegner von links und rechts nicht zu bestätigen.

Die Befunde ändern sich jedoch etwas, wenn man nach den Abstimmungskategorien differenziert. In der Kategorie 1 (Euro und Finanzen) zeigen sich deutlich höhere Übereinstimmungsraten zwischen den von uns gebildeten rechten Untergruppen und den technokratischen EU-Gegnern.

So stimmte die AfD beispielsweise mit der Morgenröte in 77 Prozent, mit der der PVV in 88,6 Prozent und mit der UKIP sogar in 91,4 Prozent der Abstimmungen gemeinsam ab, während der Grad der Übereinstimmung mit den Finnen gegenüber dem Gesamtdurchschnitt leicht zurückging (von 91,1 auf 88,6 Prozent). Dagegen haben die FPÖ, der FN, aber auch NPD und Jobbik, die entgegen unseren Erwartungen in diesem Bereich hohe Zustimmungsraten hatten, sehr geringe Übereinstimmungsraten mit den anderen Parteien ihres jeweiligen Lagers. Gerade in diesem auch in der Propaganda der EU-Gegner so wichtigen Politikfeld ist die Kohärenz der Gruppierungen sehr gering ausgeprägt.

Ein deutlich anderes Bild liefert schließlich die Analyse der Abstimmungen zur europäischen Institutionenordnung (Kategorie 2), die allerdings – das muss man einschränkend hinzufügen – auf der Auswertung von nur acht Abstimmungen basiert. In diese Kategorie wurden jedoch die Schlüsselabstimmungen des ersten Jahres der 8. Wahlperiode eingeordnet, wie beispielsweise die Abstimmungen über die Wahl des Kommissionspräsidenten und das Arbeitsprogramm der neuen Kommission. In dieser sehr wichtigen Kategorie fällt besonders das hohe Ausmaß auf, zu dem linke und rechte EU-Gegner gemeinsam abstimmen. M5S hat beispielsweise mit den rechtsextremen Parteien Goldene Morgenröte und Jobbik eine hundertprozentige Übereinstimmung, mit der NPD immerhin noch eine Übereinstimmung von 87,5 Prozent; mit den übrigen rechten EU-Gegnern hat M5S in 75 Prozent (außer bei der FPÖ, dort sind es nur 62,5 Prozent) der Letztabstimmungen gemeinsam votiert.

Bei Syriza sind die Werte nicht ganz so hoch, aber auch höher als in den anderen Kategorien. Außerdem fällt auf, dass bei allen untersuchten Parteien die Übereinstimmungsquote mit den EU-freundlichen Parteien in dieser Kategorie deutlich niedriger ist als in den anderen. Sie liegt zwischen 12,5 Prozent (FPÖ im Vergleich zur sozialdemokratischen Fraktion) und 50 Prozent (M5S im Verhältnis zur Fraktion der Grünen, was allerdings ein Ausreißer nach oben ist). Der NPD-Abgeordnete Udo Voigt stimmt zu 87,5 Prozent in dieser Kategorie mit den anderen rechtsextremen Abgeordneten ab und zu 75 Prozent mit allen anderen rechten und technokratischen EU-Gegnern. Auch mit M5S hat er eine Übereinstimmungsquote von 87,5 Prozent, mit Syriza dagegen nur 62,5 Prozent. Die AfD votiert mit den Finnen und mit der PVV hinsichtlich der Institutionenordnung zu 100 Prozent gemeinsam und mit den anderen rechten EU-Gegnern zu 87,5 oder 75 Prozent. Diese Aufzählung ließe sich verlän-

Tabelle 8 Übereinstimmungen für Kategorie 2 (Europäische Institutionenordnung, in Prozent)

Partei	Syri-za	M5S	Ch.A.	Job-bik	NPD	FN	PVV	FPÖ	UKIP	AFD	Perus
Syriza	-	0,625	0,625	0,625	0,500	0,500	0,625	0,375	0,500	0,625	0,625
M5S	0,625	-	1,000	1,000	0,875	0,750	0,750	0,625	0,750	0,750	0,750
Ch.A.	0,625	1,000	-	1,000	0,875	0,750	0,750	0,625	0,750	0,750	0,750
Jobbik	0,625	1,000	1,000	-	0,875	0,750	0,750	0,625	0,750	0,750	0,750
NPD	0,500	0,875	0,875	0,875	-	0,750	0,750	0,750	0,750	0,750	0,750
FN	0,500	0,750	0,750	0,750	0,750	-	0,875	0,750	1,000	0,875	0,875
PVV	0,625	0,750	0,750	0,750	0,750	0,875	-	0,625	0,875	1,000	1,000
FPÖ	0,375	0,625	0,625	0,625	0,750	0,750	0,625	-	0,750	0,625	0,625
UKIP	0,500	0,750	0,750	0,750	0,750	1,000	0,875	0,750	-	0,875	0,875
AFD	0,625	0,750	0,750	0,750	0,750	0,875	1,000	0,625	0,875	-	1,000
Perus	0,625	0,750	0,750	0,750	0,750	0,875	1,000	0,625	0,875	1,000	-
GUE-NGL	1,000	0,625	0,625	0,625	0,500	0,500	0,625	0,375	0,500	0,625	0,625
Grüne/EFA	0,625	0,500	0,500	0,500	0,375	0,375	0,500	0,250	0,375	0,500	0,500
S&D	0,375	0,375	0,375	0,375	0,250	0,250	0,375	0,125	0,250	0,375	0,375
ALDE	0,375	0,375	0,375	0,375	0,250	0,250	0,375	0,250	0,250	0,375	0,375
EVP	0,375	0,375	0,375	0,375	0,375	0,500	0,625	0,250	0,500	0,625	0,625
ECR	0,625	0,500	0,500	0,500	0,500	0,625	0,750	0,375	0,625	0,750	0,750

Legende:

Eigene Berechnungen auf der Grundlage der Daten (zu den Letztabstimmungen, d.h. es wurden nicht die zu einem Vorgang gehörenden Abstimmungen über Änderungsanträge berücksichtigt) von votewatch.eu und der Internetseiten des EP. Alle Zahlen beziehen sich auf das mehrheitliche Stimmverhalten der Parteien, d.h. wenn die Mehrheit der einen und der Vergleichspartei Pro bzw. Kontra gestimmt hat, wurde das als Übereinstimmung gewertet, ungeachtet der Abweichler oder Nichtanwesenden. **Fettgedruckt** und *kursiv*: Übereinstimmung über 75 Prozent. Grau unterlegt: Vergleichswerte der Fraktionen, die nicht Teil dieser Untersuchung waren.

gern. Das heißt aber: Wenn es um die EU-Institutionen geht, stimmt das Abstimmungsverhalten der EU-Gegner aller Couleur in auffällig hohem Maße überein. Dies scheint mithin das Politikfeld zu sein, in dem sich – etwas zugespitzt formuliert – die EU-Gegner einig sind.

Was bedeuten diese Befunde zum Abstimmungsverhalten im Hinblick auf die eingangs gestellte Frage nach der Angemessenheit der Unterteilung der EU-gegnerischen Parteien in die vier besagten Gruppen? Am klarsten lässt sich dies im Hinblick auf die technokratischen EU-Gegner beantworten. Sie legen untereinander ein so ähnliches Abstimmungsverhalten an den Tag, dass diese Kategorisierung zweifellos gerechtfertigt ist. Ähnliches gilt mit gewissen Abstrichen für M5S auch für die linken EU-Gegner. M5S ist trotz großer Übereinstimmung mit Syriza insofern ein Sonderfall, als die Partei gemessen an ihrem Abstimmungsverhalten tatsächlich viel eher in die Fraktion der Grünen gehören würde, als in die eigentümliche Konstruktion der EFDD. Gäbe es nicht das Stimmverhalten von M5S in der Kategorie europäische Institutionenordnung, müsste man sogar bezweifeln, ob diese Partei tatsächlich zu den EU-Gegnern zu zählen ist. Die rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien stimmen vergleichsweise wenig kohärent ab. Sie zerfallen vielmehr in ihrem Abstimmungsverhalten in jeweils zwei Lager. Das zu berücksichtigen, würde eine Klassifizierung der Parteien allerdings noch komplizierter und unübersichtlicher machen.

Was ihr Abstimmungsverhalten betrifft, so unterscheiden sich linke und rechte EU-Kritiker sehr deutlich voneinander. Die Linken sind nicht nur im Stil konzilianter und an Mehrheitsbildungen interessiert, sie sind auch inhaltlich in ihrem Abstimmungsverhalten konstruktiver. Lediglich in der Kategorie der europäischen Institutionenordnung und, wie oben angesprochen, bei den Schlüsselabstimmungen zum EU-Haushalt und der Wahl der Kommission ist etwas von dem „les extrêmes se touchent“-Phänomen zu finden, ansonsten kaum.

- 1| *Das EP hatte zwar auch schon vor Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags Mitentscheidungsrechte zum EU-Haushalt, aber der größte Ausgabenbereich, der Agrarhaushalt, war davon ausgenommen. Seit dem 1. Dezember 2009 wird der Agrarsektor in den Gesamthaushalt der Union mit einbezogen. Das Parlament hat damit hinsichtlich der Gesamtausgaben der EU das letzte Wort. Selbstständig erhöhen kann es den Etat aber nicht.*
- 2| *Alle Angaben der Abschnitte 4.2.1 bis 4.2.3 wurden auf der Grundlage der Plenar- und Ausschussprotokolle des Europäischen Parlaments von den Verfassern rekonstruiert und berechnet.*
- 3| *Der Begriff „Wortmeldung“ mag bei Nachrecherchen zu Irritationen führen, da diese auch schriftlich eingebracht werden können. In der Geschäftsordnung des EP heißt es dazu: „Mitglieder, die in einer Aussprache nicht gesprochen haben, können ... eine schriftliche Erklärung von höchstens 200 Wörtern abgeben, die dem ... Sitzungsbericht ... beigefügt wird“ (EP 2014d: Art. 162, Abs. 12) und „Wenn eine Aussprache abgeschlossen ist, kann jedes Mitglied zur Schlussabstimmung eine mündliche ... oder eine schriftliche Erklärung von höchstens 200 Wörtern abgeben, die in den ... Sitzungsbericht aufgenommen wird (ebd.: Art. 183, Abs. 1). Formal sind die schriftlichen Erklärungen den mündlichen gleichgestellt. Sie dienen in erster Linie der Rationalisierung des Parlamentsbetriebs. In den Aktivitätsverzeichnissen des EP für jeden Abgeordneten werden sie ebenfalls gleich behandelt. So haben wir sie auch gezählt.*
- 4| *Die Analysen des Abstimmungsverhaltens basiert auf eigenen Berechnungen der Verfasser auf der Grundlage der Abstimmungsdaten, die auf dem Internetportal VoteWatch (www.votewatch.eu) zugänglich sind.*
- 5| *Vgl. die „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2015 zu der Ermordung des russischen Oppositionsführers Boris Nemzow und dem Zustand der Demokratie in Russland“, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2F%2FEP%2F%2FTEXT%2bTA%2bP8-TA-2015-0074%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2F%2FDE&language=DE> (zugegriffen am 24.4.2015).*

5. DIE EU IN GEFAHR? EIN JAHR VERSCHÄRFTE EU-GEGNERSCHAFT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Eine akute Gefahr für das EP oder gar die EU besteht trotz des zahlenmäßigen Anstiegs der EU-Gegner und -kritiker im Parlament nicht. Dafür sind sie zu verschieden und arbeiten zu wenig zusammen. Harte EU-Gegner, wie der Front National, die FPÖ, die PVV oder die NPD sind fraktionslos und damit ohne die Möglichkeit, koordiniert gegen die Union vorzugehen. Die UKIP wiederum legt ein auffallendes Desinteresse an der Arbeit des Europäischen Parlaments an den Tag und kann so weder dem Parlament noch der EU direkt gefährlich werden, jedenfalls nicht durch ihre (In)Aktivitäten in Straßburg oder Brüssel. Die Partei von Nigel Farage verfolgt eine eigenartige Strategie, sofern im Verhalten der Abgeordneten überhaupt ein Muster zu erkennen ist. Die Abgeordneten von UKIP verweigern sich nicht komplett¹, schließlich nehmen sie durchaus an gut vier Fünfteln der Plenarsitzungen teil und melden sich dort auch zu Wort, aber sie sind über alle Belange gesehen eher passiv. Sie nutzen das Plenum in erster Linie zur Selbstdarstellung, in den Ausschüssen aber bleiben sie inaktiv. Ihr Abstimmungsverhalten entlarvt sie allerdings als echten EU-Verweigerer.

Die von UKIP angeführte Fraktion, die EFDD, ist zudem ein heterogenes Konstrukt, das letztlich nur dazu dient, die fraktionelle Infrastruktur nutzen zu können. Die beiden größten Parteien der Fraktion, die UKIP und das italienische Movimento Cinque Stelle, haben kaum etwas gemeinsam

und stimmen häufig nicht mit, sondern gegeneinander. Während sich das M5S, ähnlich wie die andere linke EU-kritische Partei dieser Untersuchung, die griechische Syriza, um die Umsetzung zentraler Wahlversprechen (auch wenn diese zum Teil sehr knapp ausgefallen sind) und um eine zumindest teilweise konstruktive Mitarbeit im Parlament bemüht, legen die rechtspopulistische Parteien im Allgemeinen und UKIP im Besonderen am wenigsten Wert auf die Umsetzung der eigenen Programme.

Die niederländische PVV und die FPÖ stechen jedoch aus der Gruppe der Rechtspopulisten etwas heraus. Die Österreicher, weil sie mit vergleichsweise vielen Wortmeldungen im Plenum auch nahe an zentralen Forderungen ihres Programms liegen und dabei gegen den Euro sowie gegen die europäische Institutionenordnung und die Einwanderungs- und Asylpolitik vorgehen; die Niederländer, weil sie am häufigsten von allen untersuchten Parteien Entscheidungsvorlagen im EP ablehnten, in puncto Programmnahe aber eine nur punktuelle Übereinstimmung zwischen ihren Forderungen und den Parlamentsaktivitäten vorweisen können. Insgesamt sind beide wiederum zu klein, um als Bedrohung für das EP oder gar die EU gelten zu können.

Der Front National wiederum zeigt bis auf relativ viele Wortmeldungen im Plenum keine überdurchschnittlichen Aktivitäten im EP. Darüber hinaus widmen sich die Abgeordneten der Partei nur zu einem auffallend geringen Teil der Euro- und Finanzpolitik, obwohl Marine Le Pen verkündete, dass eines ihrer Ziele der Austritt ihres Landes aus der Eurozone sei. Aber auch auf dem Gebiet der europäischen Institutionenordnung zeigten weder der FN noch ihre Vorsitzende eine überdurchschnittlich hohe Aktivität. Darüber hinaus wird im Abstimmungsverhalten des FN keine komplette EU- oder EP-Verweigerung deutlich, da die FN-Abgeordneten immerhin gut einem Drittel der Entscheidungsvorlagen zugestimmt haben. Von einem geschlossenen, komplett gegen alle Bereiche der EU gerichteten Auftreten des FN kann also nicht Rede sein. Am höchsten ist die EU-Verweigerung bei der PVV und der UKIP.

Aktiver, geschlossener, programmtreuer und konstruktiver beteiligen sich hingegen die linken EU-Kritiker an der Arbeit des EP. Sie hatten allerdings auch nie vor, die EU oder das EP aufzulösen, sondern wollen Politik im Rahmen der bestehenden Institutionenordnung nach ihren Vorstellungen umgestalten. Die in der Gruppe der linken EU-Kritiker aktivere Partei, das

MoVimento Cinque Stelle, hat sich allerdings selbst dadurch geschwächt, dass sie ihre Aktivitäten im Rahmen der UKIP-dominierten EFDD-Fraktion entfaltet. Damit bindet die Auseinandersetzung mit oder die Absetzung von den eigenen Fraktionskollegen viele Kapazitäten, die für inhaltlich aktivere und profilierte Arbeit an einer Reform der EU fehlt. Strategisch war es vom M5S jedenfalls eher ungeschickt oder naiv, sich der EFDD anzuschließen.

Die Rechtsextremen im EP, also die Abgeordneten der Goldenen Morgenröte, Jobbik und der NPD, tun im EP im Grunde, was man von ihnen erwarten konnte. Sie sind anwesend im Plenum und in den Ausschüssen (und nehmen das Tagegeld mit). Sie sind angesichts von über 200 thematisch durchaus einschlägigen Wortmeldungen pro Abgeordneten im Plenum zum Teil hyperaktiv gegen die EU, den Euro und gegen Einwanderung, zum Teil auch immer wieder pro-russisch, aber marginalisiert auf der Arbeitsebene des Parlaments bzw. daran nicht weiter interessiert. Das Abstimmungsverhalten, besonders das von Jobbik und des NPD-Abgeordneten, bleibt aber rätselhaft. Die drei Jobbik-Abgeordneten und Udo Voigt haben der Mehrheit aller Letztentscheidungsvorlagen im EP zugestimmt. Damit haben sie ähnlich hohe Zustimmungswerten zu EP-Letztentscheidungen wie die Parteien, die wir als technokratische EU-Gegner zusammengefasst haben.

Die Abgeordneten dieser beiden Parteien, d.h. der „Finnen“ und die der AfD, fallen zwar nicht durchweg durch überdurchschnittliche Aktivitäten im Plenum auf (im Einzelfall allerdings schon), aber sie arbeiten durchaus Schwerpunkte ihrer Programme ab: Die „Finnen“ gegen die Asyl- und Einwanderungspolitik der EU, die AfD gegen den Euro und die Kompetenzen der EU und ihrer Institutionen. Dabei sind sie allerdings keine notorischen EU-Verweigerer oder Blockierer. Über alle hier untersuchten Parteien und Abstimmungen gesehen, haben die MdEP von Perus und AfD sogar überdurchschnittlich hohe Zustimmungsraten (vgl. Tabelle 6), in knapp 62 Prozent der Abstimmungen stimmten die AfD-Abgeordneten im Übrigen wie die Abgeordneten der EVP-Fraktion (vgl. Tabelle 7).

Der Befund zur Parlamentstätigkeit der AfD fällt damit ähnlich diffus aus, wie der Zustand der Partei selbst sein dürfte. Als Partei ist sie im Plenum nicht überdurchschnittlich aktiv, aber dank des Einsatzes einzelner Abgeordneter (Lucke, von Storch, Kölmel, Henkel) und ihres überdurchschnittlichen Engagements in den Ausschüssen ist sie es schon. Abgesehen von

Beatrix von Storch bearbeiten die aktiven AfD-Abgeordneten auch den Kern ihres Parteiprogramms. In wichtigen europapolitischen Fragen sind sich die Abgeordneten der AfD allerdings uneins (Haltung zu TTIP oder zur Russlandpolitik der EU). Bei Letztentscheidungen im Plenum stimmten sie allerdings nicht grundsätzlich nur gegen die eingebrachten Vorlagen. Ganz im Gegenteil: Die Zustimmungsquote von 52,5 Prozent ist für eine Partei, die angetreten ist, der EU eine tragende Säule zu entziehen, bemerkenswert hoch.

Angesichts ihrer häufig eingebrachten Anträge zur bzw. der Verweise auf die Geschäftsordnung des EP und eines immer wieder betonten ökonomischen Sachverständes gelten die Abgeordneten der AfD gelegentlich als besonders eifrig, penetrant und rechthaberisch, aber sie sind – das zeigen unsere Ergebnisse – nicht EU-gefährdend. Teilweise sind sie sogar pro-europäisch und sie verhalten sich keineswegs nur destruktiv. Die AfD im EP legt intern jedoch eine gewisse Zerrissenheit an den Tag und widerspiegelt somit auch den Zustand der AfD in Deutschland. Ihr Abgeordneter Hans-Olaf Henkel hat Ende April seinen Posten im Bundesvorstand mit dem Verweis auf eine Unterwanderung der AfD durch „Rechtsideologen“ niedergelegt. Diese Bezeichnung verdient die AfD im EP nicht, aber der im Parlament aktive Parteivorsitzende Bernd Lucke scheint nur noch wenig Kontrolle über seine Partei zu haben.

Auch wenn wir zu dem Ergebnis kommen, dass die zahlenmäßig stärker gewordenen EU-Gegner und -kritiker im ersten Jahr nach der Europawahl keine akute Bedrohung für das EP oder gar die EU darstellen, bedeutet das für alle EU-freundliche Parteien keine Entwarnung. Es gibt genügend andere Bedrohungen, die den EU-Feinden in die Hände spielen könnten. Noch sind die Schatten einer von Griechenland ausgehenden Staats(schulden)krise nicht komplett verblasst und die nächste große Herausforderung steht der EU mit der gleichermaßen humanen und mehrheitsfähigen Bewältigung der Flüchtlingsströme nach Europa, die sich zu einer echten Steuerungs- und Legitimationskrise auswachsen kann, bevor. Auch die parlamentarische Alltagsarbeit, wie die Verabschiedung des Freihandelsabkommens mit den USA oder die Verbesserung der inneren Sicherheit in Europa muss erledigt werden.

Noch kommt in zentralen Fragen eine Mehrheit pro-europäischer Parteien im EP zustande. Im Einzelfall gestaltet sich die Mehrheitsbildung aber schon schwieriger, weil die pro-europäischen Parteien Sitze im EP verlo-

ren haben. Je nach Inhalt der zur Abstimmung stehenden Vorlagen müssen sich die pro-europäischen Parteien Mehrheiten für ihre Initiativen auch in anderen, teilweise weniger EU-freundlichen Fraktionen suchen. Dabei profitieren sie aber von der relativ gering ausgeprägten Fraktionsdisziplin in der EFDD- und der EKR-Fraktion, von der beispielsweise die EVP auch immer wieder Ja-Stimmen bekommen hat. Das ist allerdings seltener geworden und ist auch keineswegs mehr so leicht, weil sich die Tories unter dem wachsenden Druck von UKIP mit pro-europäischen Entscheidungen immer schwerer tun, vor allem in nationalen Vorwahlen.

Die größte Bedrohung für das Europäische Parlament und die EU scheint deshalb auch gar nicht von den EU-Gegnern im eigenen Haus auszugehen, sondern von der Wirkung, die sie zu Hause entfalten. Die EU-Gegner werden weiter darauf drängen, dass ihre Regierungen im Europäischen Rat nationale Interessen über europäische Regelungen stellen. Eine pro-europäische Konsensfindung wird damit erschwert. Eine populistische Re-Nationalisierung in Europa kann nicht ausgeschlossen werden. So gesehen würden die EU-Gegner ihr Ziel doch erreichen. Es gibt immer mehr Anzeichen, die darauf hindeuten (vgl. Grabow, Lange u.a. 2015).

1| *Wie Verweigerung aussieht, zeigt der deutsche Abgeordnete Martin Sonneborn von der Partei „Die Partei“. Er hat beispielsweise nur an 18 der 39 Sitzungen des Plenums und an zwei von 11 Sitzungen des Kulturausschusses teilgenommen. Als Aktivität ist bei ihm lediglich eine Wortmeldung im Plenum zu verzeichnen (s. dazu Grabow 2015).*

QUELLEN

- *Alternative für Deutschland (2014a). Argumente im Europawahlkampf.* <http://www.alternativefuer.de/argumente-im-europawahlkampf/> (zuletzt besucht am 11.03.2015).
- *AfD (2014b). Mut zu Deutschland. Das Programm der AfD zur Europawahl 2014. Kurzfassung, Berlin,* https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/05/AfD_Europawahl_Programm_web.pdf. (zuletzt besucht am 27.03.2015).
- *Backes, Uwe (2006). Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis in die Gegenwart. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.*
- *Bauer, Werner T. (2014). Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. Aktualisierte und überarbeitete Fassung. Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.*
- *Ch.A. (2014). Golden Dawn. International Newsroom.* <http://golden-dawn-international-newsroom.blogspot.be/p/the-program-of-golden-dawn.html> (zuletzt besucht am 22.04.2015).
- *Decker, Frank (2009). Populismus: Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomens. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.* <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41192/was-ist-rechtspopulismus?p=all>, (zuletzt besucht am 18.03.2015).
- *Der Spiegel (2014). „Achtung, Frau Merkel“. Der Spiegel, Ausgabe 23/2014, 4. Juni 2014, S. 82-85.*
- *Die Welt (21.06.2014). „AfD kopiert die NPD und blamiert sich“. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article129330115/AfD-kopiert-die-NPD-und-blamiert-sich.html> (zuletzt besucht am 11.03.2015).*
- *Die Welt (26.09.2014). „Sitzt ein ungarischer KGB-Spion im EU-Parlament?“, <http://www.welt.de/politik/ausland/article132633460/Sitzt-ein-ungarischer-KGB-Spion-im-EU-Parlament.html> (zuletzt besucht am 31.03.2015).*
- *Dom Radio (2014). „Europawahl: Rechte im Aufwind“. <http://www.domradio.de/themen/kirche-und-politik/2014-05-26/europawahl> (zuletzt besucht am 12.03.2015).*
- *Dutch News (2014). PVV publishes EU election manifesto – one page and seven points. [dutchnews.nl](http://www.dutchnews.nl/news/archives/2014/03/pvv_publishes_eu_election_mani/) vom 29.03.2014. http://www.dutchnews.nl/news/archives/2014/03/pvv_publishes_eu_election_mani/ (zuletzt besucht am 27.03.2015).*
- *EP (Europäisches Parlament) (2009). Ergebnisse der Europawahlen 2009. [http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/00082fcd21/Wahlergebnisse-nach-Mitgliedstaaten-\(2009\).html](http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/00082fcd21/Wahlergebnisse-nach-Mitgliedstaaten-(2009).html) (zuletzt besucht am 12.03.2015).*
- *EP (2014a). Ergebnisse der Europawahl 2014. <http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/election-results-2014.html> (zuletzt besucht am 11.03.2015).*
- *EP (2014b). MEPs refer EU-Canada air passenger data deal to the EU Court of Justice. Press release, 25.11.2014. <http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/content/20141121IPR79818/html/MEPs-refer-EU-Canada-air-passenger-data-deal-to-the-EU-Court-of-Justice> (zuletzt besucht am 12.03.2015).*
- *EP (2014c). Europäisches Parlament / Abgeordnete. <http://www.europarl.europa.eu/meps/de/map.html> (zuletzt besucht am 12.03.2014).*
- *EP (2014d). Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments. 8. Wahlperiode.*
- *EU (2010). Vertrag über die Europäische Union (konsolidierte Fassung). Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.*

- *EVP-Fraktion (2014a)*. „Populist Movements in the EU“, internes Papier.
- *EVP-Fraktion (2014b)*. „Euroscptic Voting analysis (8th legislature), 8. Dezember 2014, internes Papier.
- *FAZ (24.04.2015)*. „Henkel verlässt AfD-Vorstand wegen ‚Rechtsideologen‘ in der Partei“, S. 1.
- *FPÖ (2011)*. Österreich zuerst. Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs, beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz. http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/_dokumente/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf. (zuletzt besucht am 27.03.2015).
- *FPÖ (2013)*. Handbuch freiheitlicher Politik. Ein Leitfaden für Führungskräfte und Mandatsträger der Freiheitlichen Partei Österreichs. <https://www.yumpu.com/de/document/embed/wunC9tJ7FOo9Qw31>. (zuletzt besucht am 27.03.2015).
- *FN (2013)*. Notre Projet: Programme Politique du Front National, <http://www.frontnational.com/pdf/Programme.pdf>. (zuletzt besucht am 26.12.2014).
- *Grabow, Karsten und Florian Hartleb (2013)*. Europa – nein danke? Studie zum Aufstieg rechts- und nationalpopulistischer Parteien in Europa. Sankt Augustin und Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- *Grabow, Karsten (2015)*. Kleine Parteien im Europäischen Parlament: Ein Zugewinn für die parlamentarische Demokratie? Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- *Grabow, Karsten, Nico Lange u.a. (2015)*. Spiel über Bande. Wie populistische EU-Gegner nationale Politik beeinflussen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- *Häusler, Alexander, Horst Teubert und Rainer Roeser (2013)*. Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertieften Auseinandersetzung. Düsseldorf: Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen.

- *Hartleb, Florian (2012)*. „Renationalisierung Europas? Rechtspopulistische Parteien erstarken, finden aber nicht zusammen“, in: KAS-Auslandsinformationen, Heft 4/2012, S. 122-137.
- *Heidbreder, Eva und Jelena Auracher (2015)*. „Die Rolle europäischer Spitzenkandidaten im institutionellen Wettstreit. Die Europawahl 2014 als Weichenstellung für die Politisierung der EU“, in: Michael Kaeding und Niko Switek (Hrsg.): Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler, Wiesbaden: Springer VS, S. 223-231.
- *Jobbik (2010)*. Radical Change for national self-determination and social justice. A guide to Jobbik’s parliamentary electoral manifesto. <http://www.jobbik.com/sites/default/files/Jobbik-RADICALCHANGE2010.pdf>. (zuletzt besucht am 27.03.2015).
- *Jobbik (o.J.)*. Policies: European Union programme; Foreign policy programme. <http://www.jobbik.com/policies>. (zuletzt besucht am 27.03.2015).
- *Merkur online (2014)* „Merkel: ‚Brauchen europäisches Personalpaket‘“. <http://www.merkur-online.de/politik/europawahl-2014-ticker-reaktionen-auf-rechtsruck-montag-zr-3586899.html> (zuletzt besucht am 12.03.2015).
- *M5S (2014)*. Elezioni Europee 2014. Sette Punti per l’Europa. www.formiche.net/wp-content/uploads/2014/05/movimento-5-stelle-programma-7punti.pdf. (zuletzt besucht am 24.03.2015).
- *Niedermayer, Oskar (2014a)*. „Die Europawahlen 2014 und ihre Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments“, in: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 63. Jg., Heft 3, S. 351-364.
- *Niedermayer, Oskar (2014b)*. „Immer noch eine ‚nationale Nebenwahl‘? Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 25. Mai 2014“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen. 45. Jg., Heft 3, S. 523-546.
- *Nielsen, Nikolaj (2015)*. „National Front in EU fraud allegation“, Brüssel: EU Observer, 10. März 2015, <https://euobserver.com/justice/127937> (zuletzt besucht am 13.03.2015).

- Nordsieck, Wolfram (2015). *Parties and Elections. Länderseiten*. <http://www.parties-and-elections.eu/countries.html> (zuletzt besucht am 23.03.2015).
- NPD (2014). *Europa wählt rechts. Das Europaprogramm der NPD*. Berlin: NPD-Parteivorstand.
- Oppelland, Torsten (2009). „Institutionelle Neuordnung und Demokratisierung“, in: Olaf Leiße (Hrsg.): *Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009, S. 79-96.
- Oppelland, Torsten (2015). „Zur Europäisierung der Europa-Wahlkämpfe nationaler Parteien“, in: Michael Kaeding und Niko Switek (Hrsg.): *Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*, Wiesbaden: Springer VS, S. 125-135.
- Perussomalaiset (2014). *The EU Parliament Election Program 2014*. https://www.perussomalaiset.fi/wp-content/uploads/2013/04/EU_ELECTION_PROGRAMME_2014_v1.pdf (zuletzt besucht am 22.04.2015).
- PVV (2012). *Hún Brussel, óns Nederland, Verkiezingsprogramma PVV 2012 – 2017*. <http://www.pvv.nl/images/stories/verkiezingen2012/VerkiezingsProgramma-PVV-2012-final-web.pdf>. (zuletzt besucht am 27.03.2015).
- Raunio, Tapio (2013). „The Finns: Filling a Gap in the Party System“, in: Karsten Grabow und Florian Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe*. Brüssel: Centre for European Studies, S. 133-160.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2014.) „Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungsskepsis: Hintergründe des Beinahe-Wahlerfolgs der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*. 45. Jg., Heft 1, S. 94-112.
- Spiegel online (2014). *Putin und die Populisten. Das rechte Netz des Kreml*. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/afd-und-front-national-putin-umwirbt-europas-rechtspopulisten-a-1004746.html> (zuletzt besucht am 24.04.2015).

- Spiegel online (2015). *Rechtspopulisten im Parlament. So arbeitet die AfD*. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-analyse-der-arbeit-in-landtagen-und-europaparlament-a-1017961.html> (zuletzt besucht am 23.03.2015).
- Syriza (2014). *Η Διακήρυξη του ΣΥΡΙΖΑ για τις ευρωεκλογές 2014 (Standpunkte von Syriza zu den Europawahlen 2014)*. www.syriza.eu/index.php/2014-04-29-10-31-25/40-diakirixieu. (zuletzt besucht am 24.03.2015).
- Taggart, Paul und Alex Szczerbiak (2008). „Introduction: opposing Europe? The politics of Euroscepticism in Europe“, in: dies. (Hrsg.): *Opposing Europe? Comparative and theoretical perspectives*, Bd. 1. Oxford: Oxford University Press, S. 1-15.
- UKIP (2013). *Get your EU Facts Right!* <http://ukipdaily.com/get-eu-facts-right/> (zuletzt besucht am 11.03.2015).
- UKIP (2014a). *Create an earthquake. UKIP Manifesto 2014*. Heathfield: UKIP.
- UKIP (2014b). *What We Stand For/Policies for People*. <http://www.ukip.org/issues>; http://www.ukip.org/policies_for_people. (zuletzt besucht am 03.01.2015).
- Vejvodová, Petra (2013). „A Thorny way to Find Friends. Transnational Cooperation and Network-building amongst Right-wing and National Populist Parties“, in: Karsten Grabow und Florian Hartleb (Hrsg.): *Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe*. Brüssel: Centre for European Studies, S. 373-396.
- Wilders, Geert (2013). „The EU Stands for Everything That is Wrong in Europe“. Rede von Geert Wilders bei der American Freedom Association, Los Angeles, 9. Juni 2013. <http://gatesofvienna.net/2013/06/the-eu-stands-for-everything-that-is-wrong-in-europe/> (zuletzt besucht am 10.03.2015)

Auf www.kas.de/daten-eu-gegner finden Sie Berechnungen und Datenblätter zu dieser Studie.

DIE AUTOREN

Dr. phil. habil. Karsten Grabow ist Parteienforscher in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. phil. habil. Torsten Oppeland ist Außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Thomas Hoyer, B.A., Gregor Merten, Adrian Röhrig, Benjamin Thuma, B.A., sind Studenten der Politikwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Nico Lange

Stellv. Hauptabteilungsleiter Politik und Beratung

Leiter Team Innenpolitik

D-10907 Berlin

Telefon: +49 30-2 69 96 35 94

Telefax: +49 30 2 69 96-35 61

E-Mail: nico.lange@kas.de